

EUROPA-INFORMATIONEN

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

November 2026

Liebe Leserinnen und Leser,

der Europäische Rat vom 15./16. Oktober 2026 hat die zentralen Konflikte um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 nicht gelöst, sie aber neu sortiert. Nach einer hitzigen Aussprache liegen die Verhandlungen nicht mehr bei der irischen Ratspräsidentschaft, sondern bei Ratspräsident Costa. Er will Anfang November eine neue Verhandlungsbox vorlegen. Im Mittelpunkt sollen neue Eigenmittel stehen, auch auf Grundlage der Parlamentsvorschläge. Angestrebt bleibt eine Einigung noch in diesem Jahr.

Die Positionen liegen jedoch weit auseinander. Präsident Macron fordert neue Eigenmittel von 50 bis 55 Mrd. Euro und warnt, ab Januar fehle der politische Raum für eine Einigung. Die Bundesregierung zweifelt, dass sich Einnahmen in dieser Höhe erzielen lassen, und lehnt wie die anderen Mitgliedsstaaten, die sich „Modernisierer des MFR“ nennen, zusätzliche Unternehmensabgaben ab. Die „Freunde der Kohäsion“ verlangen eine „nicht-regressive und ausgewogenere“ Einnahmenseite. Viele osteuropäische Staaten sehen sich durch die Abgaben auf ETS-Einnahmen und Tabak überproportional belastet. Parlamentspräsidentin Metsola betonte, die erforderliche Zustimmung des Parlaments sei keineswegs gesichert.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist diese Debatte von unmittelbarer Bedeutung. Als Region, die in besonderem Maße von Kohäsions- und Agrarmitteln profitiert, hat das Land ein Interesse an einem Finanzrahmen, der die Strukturpolitik nicht zugunsten neuer Prioritäten wie Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung zurückdrängt. Die Verschiebung des Schwerpunkts auf die Eigenmittel zeigt, dass der Streit um die Einnahmenseite die Ausgabenseite bestimmen wird. Wer keine neuen Einnahmen erschließt, muss bei den Ausgaben sparen. Auch die Forderung nach mehr Flexibilität im Haushalt ist aus Länderperspektive ambivalent, weil sie die Planbarkeit der Förderung berühren kann. Zudem bleibt der Spielraum begrenzt, da die Einigung ohne die Zustimmung des Parlaments nicht tragfähig wäre.

Beim Gipfel ging es außerdem um hohe Energiepreise. Gegen die hohen Energiepreise vereinbarten die Staats- und Regierungschefs befristete Maßnahmen, darunter den Aufschub bestimmter Methan-Pflichten, die Verlängerung des Beihilferahmens und eine beschleunigte Reform der Marktstabilitätsreserve. Beim ETS 2 forderten Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien eine Verschiebung auf „mindestens 2030“. Als Kompromiss soll die Kommission die Folgen erneut analysieren.

Im Hinblick auf China wurde die Debatte deutlich konkreter als beim letzten Europäischen Rat im Juni. Im Gespräch sind sektorale Schutzmaßnahmen, etwa für Chemikalien und Maschinen, sowie ein neues Handelsschutzinstrument, das im Eskalationsfall einen schnellen Marktausschluss ermöglichen soll. Es fand breite Unterstützung, ein Zeitplan ist offen. Das „DiversifyEU“-Paket will die Kommission im Dezember vorlegen.

Die nächsten Termine sind der informelle Gipfel in Dublin am 13. November und der MFR-Sondergipfel am 26. November. Die Zeit bis zum Jahresende ist knapp.…

Mit herzlichen Grüßen aus Brüssel,

Dr. Merten Barnert

Inhaltsverzeichnis

1. Übergreifende Themen 5

Rechnungshof: Fehlerquote bei EU-Ausgaben steigt auf 3,8 Prozent 5

2. Inneres und Bau 6

Rat für Inneres nimmt Rückführungsverordnung an 6
Rat für Inneres: Diskussion zum Migrationsmanagement und zu Schengen 6
Rat für Inneres: Umsetzung der EU-Drogenstrategie 6
Neue Frontexverordnung und Digitalisierung bei Rückführungen vorgelegt 7
Modernisierung der Normungsverordnung vorgeschlagen 7
Rückmeldungen zum EU-System für kritische Kommunikation von Einsatzkräften 7

3. Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung 8

Rat für Justiz 8
Rat verabschiedet Verhandlungsposition zu EU Inc. 8
EP: Verordnung zum Schutz von Erwachsenen angenommen 9
EP: Stärkung des Verbraucherschutzes bei Reisen 9

4. Finanzen und Digitalisierung 10

Rat verständigt sich auf Eckpunkte für eine stärker europäische Kapitalmarktaufsicht 10
Kommission untersucht Sicherheitsvorfälle bei besonders leistungsfähiger KI 10
Rat legt Position zur Vereinfachung des digitalen Regelwerks fest 10
Vorläufige Einigung über einfachere Regeln für Verbriefungen 10

5. Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus, Arbeit, Energie 12

Verteidigungsindustrie erhält einfachere Regeln für Genehmigung und Beschaffung 12
AGILE fördert Verteidigungsinnovationen kleiner Unternehmen 12
EU und China suchen Entlastung in einzelnen Handelskonflikten 12
Investitionskontrolle gewinnt an Bedeutung 13
Emissionshandel für Gebäude und Straßenverkehr erhält stärkeren Preispuffer 13
Kommission schlägt spätere Anwendung einzelner Methanpflichten vor 13
Arbeitsschutz wird auf weitere gefährliche Stoffe ausgeweitet 13
Arbeitsqualität und psychische Gesundheit rücken auf die europäische Agenda 14
Verkehrsinfrastrukturprogramm CEF ist deutlich überzeichnet 14
Modernisierung der Normungsverordnung vorgeschlagen 14
Europäisches Parlament billigt gemeinsame Oberfläche für Entsendemeldungen 15
Rat will kleine Anbieter bei grenzüberschreitenden Verpackungspflichten entlasten 15
Kommission will Zusammenarbeit öffentlicher Arbeitsverwaltungen fortführen 15

6. Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume, Umwelt 16

Verhandlungsposition des Rates zur GAP nach 2027 16
Rat veröffentlicht Zahlen zur internationalen Klimafinanzierung 16
Ratstagung „Landwirtschaft und Fischerei“: TACs Ostsee und handelsbezogene Agrarfragen 17
EEA: Gezieltere Maßnahmen zum Schutz vor Lärmbelastung erforderlich 17
Methan-Verordnung: EP stimmt für dreijährige Verschiebung bestimmter Pflichten 17
EP und Rat einigen sich auf Überarbeitung Marktstabilitätsreserve EHS1 18
Einigung von Rat und EP zu neuen Öko-Landbau-Vorschriften 18
Das EP fordert Bürokratieabbau beim Recycling von Batterien, Verpackungen und Textilien 19
Ratsposition zur gemeinsamen Marktorganisation 19
Umweltrat: Aussprache zur Überarbeitung des EU EHS 20
Rat und EP nehmen Schlussfolgerungen zur Klimakonferenz COP31 an 20
MFR-Verhandlungsbox: Kompromissvorschläge zu GAP-Budget, Kappung und Degression 20
EHS2: Überarbeitung Marktstabilitätsreserve final angenommen 21
Geflügel- und Schweinehaltung: Neue einheitlichen Bedingungen angenommen 21
EU-Umweltzeichen im Aufwind 22
KOM-Vorschlag für Alternativen zu chemischen Düngemitteln 22
Konsultation zu biobasierten Kunststoffen 22
Kommission schlägt spätere Anwendung einzelner Methanpflichten vor 23

Horizon Europe stellt 230 Millionen Euro für Natur und Biodiversitätsforschung bereit....23

7. Bildung, Jugend....24

Europäisches Parlament fordert mehr Mittel für zentrale Förderprogramme....24
Erasmus+ fördert 59 internationale Berufsbildungsprojekte....24
KI im Unterricht: Erledigte Aufgaben vs. Lernerfolg....24
EU-Auswertung zeigt wachsende Defizite bei schulischen Grundkompetenzen....24

8. Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten....26

Kommission sichert zentrale Datenbestände der Lebenswissenschaften....26
Europäische Forschungsdatencloud nimmt weitere Knoten in Betrieb....26
RAISE soll zusätzliche Ressourcen für KI in der Wissenschaft mobilisieren....26
Horizon Europe stellt 230 Millionen Euro für Natur und Biodiversitätsforschung bereit....26
Horizon Europe fördert die Weiterentwicklung und Verwertung von Forschungsergebnissen....27
Kommission präzisiert Empfehlungen zum KI-Einsatz in der Forschung....27
EU-Forschungsbericht beschreibt Schwächen beim Transfer in die Wirtschaft....27

9. Soziales, Gesundheit und Sport....28

Arbeitsprogramm von EU4Health mit ca. 680 Mio. € beschlossen....28
Gesundheitsdatenraum eröffnet neue Beteiligungsmöglichkeiten....28
Rat empfiehlt frühere Hilfen gegen Wohnungslosigkeit....28
Rat verbindet Gleichstellung mit Fachkräftesicherung und Wachstum....28
Gemeinsame Beratung zu klinischen Studien wird dauerhaft fortgeführt....29
Gesundheitssicherheitsausschuss empfiehlt stärkere Vorsorge gegen mückenübertragene Krankheiten....29
EEA: Gezieltere Maßnahmen zum Schutz vor Lärmbelastung erforderlich....29

10. Medien....30

Förderung von Journalismus, Medienpluralismus und -kompetenz....30
Aufforderung für Rückmeldungen zum EU KIDS Act....30
Rat: Schlussfolgerungen zu inklusiver demokratischer Teilhabe....30

11. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit....31

Vision 2040 für Fischerei und Aquakultur....31
Rat legt Fangmöglichkeiten für die Ostsee für 2027 fest....31

12. Laufende Konsultationen und Sondierungen....32

13. Termine....34

14. Ansprechpartner(innen)....38

Erklärung zum Haftungsausschluss

Das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten ist um Richtigkeit und Aktualität der bereitgestellten Informationen bemüht. Trotzdem können Fehler und Unklarheiten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das Ministerium übernimmt deshalb keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Für EU-Dokumente ist jeweils die amtliche Veröffentlichung maßgeblich. Der Text enthält Hyperlinks, durch die auf externe Seiten und dort angebotene Informationen verwiesen wird.

Es handelt sich um allgemein zugängliche Seiten, deren Auffinden durch die Links erleichtert werden soll. Soweit über Links auf solche Seiten verwiesen wird, ist für deren Inhalt ausschließlich der Betreiber dieser Seiten verantwortlich, das Ministerium macht sich durch die Verweisung die über den Link angebotenen Informationen oder eventuelle Weiterverweisungen nicht zu eigen.

Das Ministerium hat keinen Einfluss auf eine nach Setzung des Links erfolgte Veränderung des Links oder der zugrundeliegenden Inhalte und übernimmt dafür keine Verantwortung. Wenn Sie die Europa-Informationen nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte mit. Hierzu reicht aus, wenn Sie auf diese Mail mit der Nachricht „Europa-Informationen abbestellen“ antworten.

1. Übergreifende Themen

Rechnungshof: Fehlerquote bei EU-Ausgaben steigt auf 3,8 Prozent

Der Europäische Rechnungshof mahnt in seinem Jahresbericht vom 8. Oktober 2026, die Schwachstellen der Aufbau- und Resilienzfazilität nicht in den nächsten EU-Haushalt zu übernehmen.

Die geschätzte Fehlerquote bei den EU-Ausgaben ist 2025 auf 3,8 Prozent gestiegen (2024: 3,6 Prozent). Das geht aus dem Jahresbericht des Europäischen Rechnungshofs hervor. Die Jahresrechnung der EU vermittelt demnach ein korrektes Bild, und die Einnahmen sind fehlerfrei. Als wesentlich gelten Fehler ab einem Schwellenwert von 2 Prozent. Das ist kein Maß für Betrug oder Verschwendung, sondern ein Maß für Ausgaben, die nicht den EU- und nationalen Vorschriften entsprachen. In 17 Fällen vermuteten die Prüfer Betrug und gaben diese an die zuständigen Behörden weiter.

Bei den traditionellen Haushaltsausgaben fanden die Prüfer erhebliche und weitverbreitete Fehler. Sie erteilten deshalb im siebten Jahr in Folge ein versagtes Prüfungsurteil. Besonders hoch waren die Fehlerquoten in der Kohäsionspolitik mit 6,6 Prozent (2024: 5,7 Prozent) sowie bei Landwirtschaft und Umwelt mit 3,9 Prozent (2024: 2,6 Prozent). Häufige Ursachen waren nicht förderfähige Projekte oder Ausgaben und Verstöße gegen das Vergaberecht.

Bei der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) wurden Zahlungen ausgelöst, wenn Mitgliedstaaten vereinbarte Etappenziele erreichten. Von den 37 Zahlungen des Jahres 2025 entsprachen neun nicht den Vorschriften. Die Prüfer erteilten daher ein eingeschränktes Prüfungsurteil. Sie kritisieren außerdem, dass Länder Vorgaben in ihren Aufbauplänen ohne überzeugende Begründung absenken konnten. Bis Ende 2025 waren 237,5 von 359,9 Milliarden Euro an Finanzhilfen ausgezahlt. Mehr als 122 Milliarden Euro müssen also im letzten Jahr noch fließen. Nur drei der 27 Mitgliedstaaten hatten bereits mindestens 80 Prozent ihrer Mittel abgerufen.

Die ARF dient weitgehend als Blaupause für das geplante neue Haushaltsmodell. Rechnungshofpräsident Tony Murphy fordert daher ehrgeizige Schutzmaßnahmen: Die EU müsse aus bisherigen Erfahrungen lernen und erkannte Fehler korrigieren, wenn sie von Kostenerstattungen abrückt.

Die Prüfer warnen zudem vor der wachsenden Schuldenlast. Die EU-Schulden könnten bis 2027 auf 1 Billion Euro steigen, vor allem wegen NextGenerationEU. Allein die Zinsen für die nicht rückzahlbare NGEU-Unterstützung könnten 2028–2034 bis zu 93 Milliarden Euro kosten. Ohne zusätzliche Einnahmequellen droht eine Finanzierungslücke. Sie könnte höhere Beiträge der Mitgliedstaaten oder Abstriche bei politischen Zielen erforderlich machen.Überschrift

Pressemitteilung

2. Inneres und Bau

Rat für Inneres nimmt Rückführungsverordnung an

Der Rat hat am 1. Oktober 2026 die Verordnung zur Einrichtung eines gemeinsamen Systems für die Rückkehr von illegal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen angenommen. Das Europäische Parlament hatte diese im Juni 2026 angenommen. Die Verordnung wird nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt am darauffolgenden Tag in Kraft.

Die Verordnung soll die Regelungen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, die seit dem 12. Juni 2026 gelten, ergänzen. Die neuen Vorschriften legen Pflichten für Personen fest, die kein Aufenthaltsrecht in der EU haben. Sie sehen EU-weite Verfahren für deren Rückkehr vor, einschließlich strengerer Regeln für die Rückkehr von Personen, die eine Sicherheitsbedrohung darstellen. Zudem eröffnen sie den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Rückkehrzentren in Nicht-EU-Ländern einzurichten. Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückkehr müssen unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte durchgeführt werden.

Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltsrecht sind verpflichtet, den betreffenden Mitgliedstaat zu verlassen und mit den Behörden zu kooperieren. Die Nichteinhaltung der Mitwirkungspflicht kann zu Sanktionen führen, darunter die Kürzung von Leistungen und Zuwendungen gemäß nationalem Recht, die Verweigerung von Anreizen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr, Geldstrafen oder strafrechtliche Sanktionen, sofern das nationale Recht dies vorsieht. Besondere Regelungen gelten, wenn die Person ein Sicherheitsrisiko darstelle.

Die gegenseitige Anerkennung von Rückkehrentscheidungen bleibt vorerst freiwillig und wird drei Jahre nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften erneut bewertet. Eingeführt wird ein gemeinsames europäisches Formular zu Rückkehrentscheidungen.

Die neuen Vorschriften ermöglichen es den Mitgliedstaaten, Personen, die kein Aufenthaltsrecht in der EU haben und gegen die eine Rückkehrentscheidung ergangen ist, in Rückkehrzentren in Nicht-EU-Ländern zurückzuführen. Dies setzt den Abschluss eines Abkommens oder einer Vereinbarung mit dem betreffenden Nicht-EU-Land voraus. Dies gilt nicht für unbegleitete Minderjährige.

Pressemitteilung

Rat für Inneres: Diskussion zum Migrationsmanagement und zu Schengen

Auf dem Innenrat führten die Innenministerinnen und Minister Diskussionen zum Migrationsmanagement: eine zur Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern bei der Rückübernahme und eine zweite, die sich auf die Stärkung der EU-Kapazitäten zur Lageerfassung im Migrationsbereich und zur Frühwarnung konzentrierte. Ein weiteres Thema war der Gesamtzustand des Schengen-Raums auf der Grundlage eines aktuellen Lageberichts der Kommission. Ein Schwerpunkt lag auf der Verbesserung des Informationsaustauschs und der Nutzung technologischer Entwicklungen zur Erhöhung der Sicherheit in der EU. Die Ministerinnen und Minister waren sich einig, dass die bestehenden Instrumente für den Informationsaustausch voll ausgeschöpft werden sollten. Der Einsatz neuer Technologien sei unerlässlich, um aufkommende Risiken zu erkennen und Bedrohungen frühzeitig zu erfassen. Auch ein Fahrplan für die Interoperabilität wurde thematisiert.

Pressemitteilung

Rat für Inneres: Umsetzung der EU-Drogenstrategie

Die Ministerinnen und Minister diskutierten am 1. Oktober 2026 über die Umsetzung des strategischen Rahmens der EU in Bezug auf Drogen, wobei der Schwerpunkt auf der Reaktion gegenüber Einschüchterung und Gewalt im Zusammenhang mit Drogen lag. Drogenhändlerinnen und Händler würden zunehmend Drohungen, Nötigung oder Gewalt nutzen, die sich an Einzelpersonen und ihre Familien richtet, um Drogenschulden durchzusetzen, Territorium zu kontrollieren oder Menschen zu rekrutieren.

Der irische Vorsitz präsentierte ihren Ansatz zur Bekämpfung dieses Phänomens, das Prävention, Kapazitätsaufbau, sichere Meldekanäle und Unterstützung der Opfer umfasst. Der Schwerpunkt liege auf Interventionen auf Gemeindeebene, verbunden mit gezielten Durchsetzungsbemühungen. Der Rat kam zu dem Schluss, dass zusätzliche Arbeit erforderlich sei, um Schwachstellen abzubilden und Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der lokalen Gemeinschaften, Familien und kritischen Mitarbeitenden zu identifizieren.

Pressemitteilung

Neue Frontexverordnung und Digitalisierung bei Rückführungen vorgelegt

Die Kommission legte am 27. Oktober 2026 einen Verordnungsvorschlag vor, die EU-Grenzschutzagentur Frontex weiter zu stärken, seine Kapazitäten zum Schutz der Außengrenzen zu stärken und Frontex zum zentralen Akteur der EU für Rückführungen zu machen. Um die neuen EU-Vorschriften für Rückführungen zu operationalisieren, hat die Kommission auch eine Verordnung zur Digitalisierung der Rückkehr, Rückübernahme und Wiedereingliederung vorgeschlagen. Die Rechtsakte müssen im weiteren Verfahren vom Europäischen Parlament und dem Rat angenommen werden.

Frontex unterstützt schon jetzt die Mitgliedstaaten beim Management der europäischen Außengrenzen und beim Schutz des Schengen-Raums. Zu den wichtigsten Neuerungen gehören eine verstärkte ständige Reserve, einschließlich einer neuen Europäischen Grenz- und Rückführungsreserve, eine Schnelleinsatztruppe, die in Krisensituationen eingreifen kann, und eine neue Online-Beobachtungsstelle für die Früherkennung potenzieller Bedrohungen der EU-Grenzen. Frontex soll über ein spezielles Rückkehrkoordinierungszentrum bekommen und nun in die Lage versetzt werden, bei der Durchführung von Rückführungen aus Drittländern behilflich zu sein.

Die Kommission will die ständige Reserve von Frontex auf 30.000 Beamtinnen und Beamte durch Schaffung einer neuen „europäischen Grenz- und Rückkehrreserve“ von 17.000 Beamtinnen und Beamten aufstocken. Diese soll den Mitgliedstaaten weiterhin zur Verfügung stehen und bei Bedarf eingesetzt werden können. Hinzu kommt die Verdoppelung des eigenen Personals von Frontex und der bereits vorhandenen 7.000 aus den Mitgliedstaaten abgeordneten Mitarbeitenden.

Die Verordnung zur Digitalisierung soll das Rückkehrmanagement in der gesamten EU vereinfachen und beschleunigen, den Verwaltungsaufwand verringern und eine einheitliche digitale Schnittstelle für den gesamten Rückkehrprozess bieten. Sie ist eine Ergänzung zur neuen Rückführungsverordnung.

Pressemitteilung

Modernisierung der Normungsverordnung vorgeschlagen

Siehe unter Wirtschaft.

Rückmeldungen zum EU-System für kritische Kommunikation von Einsatzkräften

Die Kommission bietet der Öffentlichkeit vom 15. Oktober 2026 bis 11. Dezember 2026 die Möglichkeit, Rückmeldungen zum Vorschlag für ein EU-System für kritische Kommunikation von Einsatzkräften abzugeben. Das neue Kommunikationssystem soll von Polizei, Feuerwehr, medizinischen Dienste und Katastrophenschutzteams nutzbar sein und insbesondere die grenzüberschreitende Kommunikation verbessern. Solange die Vorschläge noch nicht in allen Sprachen vorliegen, verlängert sich die Frist.

Rückmeldungsportal

3. Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung

Rat für Justiz

Der Rat hat am 2. Oktober 2026 Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Rassismus und damit zusammenhängenden Formen von Hass und Diskriminierung in der EU angenommen. Weitere Themen waren Eurojust, der Krieg in der Ukraine, der Schutz der Zivilgesellschaft und Umsetzung von Leitlinien zur Untersuchungshaft.

Die Schlussfolgerungen erinnern daran, dass Rassismus mit den Kernprinzipien und -werten der EU unvereinbar ist und den sozialen Zusammenhalt, die Gleichheit und die uneingeschränkte Beteiligung aller Menschen an der Gesellschaft untergräbt. Sie adressieren den Schaden, den Rassismus und damit verbundene Formen von Hass und Diskriminierung den Menschen und Gesellschaften zufügen. Die Schlussfolgerungen fordern die Mitgliedstaaten auf, die EU-Strategie zur Bekämpfung des Rassismus für 2026-2030 umzusetzen, in der betont wird, wie wichtig es sei, Bildung, Bewusstsein und Prävention zu fördern, Hass sowohl online als auch offline zu bekämpfen und die demokratische Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Die Ministerinnen und Minister führten eine politische Debatte über die Überarbeitung des Mandats von Eurojust, der EU-Agentur für die Zusammenarbeit im Bereich der Strafjustiz mit Sitz in Den Haag. Eurojust unterstützt die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden bei der Untersuchung und Verfolgung transnationaler Kriminalität. Die Ministerinnen und Minister gaben Leitlinien für weitere Arbeiten auf dem Weg zu einer Verhandlungsposition des Rates, insbesondere in Bezug auf die Governance der Agentur und die Art und Weise, wie sie mit Drittländern bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zusammenarbeitet.

Die Kommission und Eurojust haben die Minister über Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit in Bezug auf Verbrechen in der Ukraine informiert und die neuesten Entwicklungen vorgestellt. Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und internationale Gremien haben verschiedene Initiativen, wie ein gemeinsames Ermittlungsteam zwischen ukrainischen und mehreren Justizbehörden der EU-Mitgliedstaaten, eingerichtet, um internationale Verbrechen zu untersuchen, die möglicherweise in der Ukraine begangen wurden. Der Europarat hat ein Schadensregister eingerichtet.

Ein weiteres Thema war der Schutz der Zivilgesellschaft und der Journalistinnen und Journalisten. Sie erörterten u.a. die Notwendigkeit, die Transparenz der Finanzierung von Organisationen der Zivilgesellschaft zu gewährleisten und gleichzeitig unnötige Einschränkungen ihrer Arbeit zu vermeiden.

Die Kommission legte ihren Bericht über die Umsetzung einer Empfehlung für das Jahr 2023 zur Untersuchungshaft vor, die am 23. September 2026 veröffentlicht wurde. Die Empfehlung enthält Leitlinien für die Rechte von Verdächtigen und beschuldigten Personen, die in Bezug auf ihre Verfahrensrechte und materiellen Haftbedingungen vor Gericht inhaftiert sind.

Pressemitteilung

Rat verabschiedet Verhandlungsposition zu EU Inc.

Der Rat hat am 23. Oktober 2026 seine Position zu dem Verordnungsentwurf für einen neuen EU-Rechtsrahmen für Unternehmen verabschiedet. Dieser soll eine neue europäische Gesellschaftsform, die EU Inc., schaffen, die neben den bestehenden nationalen Gesellschaftsrechtsordnungen bestehen soll. Dadurch sollen grenzüberschreitende Geschäfte erleichtert werden. Unternehmen, die sich für diesen Rahmen entscheiden, sollen sich innerhalb von nur zwei Tagen online registrieren können. Die maximale Gebühr soll 100 € betragen.

Die Position des Rates will den Kommissionsvorschlag vereinfachen und den Anwendungsbereich präzisieren. Der Austausch mit nationalen Behörden soll auf ein Minimum beschränkt und das Registrierungsverfahren sowie die Regeln für Börsennotierung und -rücknahme angepasst werden. Die Regelungen zum Insolvenzrecht sind gestrichen worden.

Der Standpunkt des Rates soll die Kontrollen und Prüfungen in jeder Phase des Bestehens einer EU-Gesellschaft stärken, um den Binnenmarkt vor Missbrauch zu schützen. Er würde den Mitgliedstaaten ermöglichen, die Registrierung eines Unternehmens aus Gründen der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung oder anderer krimineller Aktivitäten gemäß nationalem Recht abzulehnen.

Das Verhandlungsmandat sieht vor, dass eine EU-Gesellschaft den von der Kommission vorgeschlagenen Regelungen zur Mitarbeiterbeteiligung des Mitgliedstaats unterliegt, in dem sie ihren Sitz hat. Der Standpunkt des

Rates beinhaltet jedoch einen optionalen Mechanismus zur Sicherstellung der Einhaltung nationaler Regelungen zur Mitarbeiterbeteiligung, falls eine in einem Mitgliedstaat registrierte EU-Gesellschaft die Schwellenwerte für die Mitarbeiterbeteiligung in einem anderen EU-Land, in dem sie ebenfalls tätig ist, überschreitet.

Die Mitgliedstaaten sollen 21 Monate Zeit für die Umsetzung der Verordnung haben.

Die Ratsposition erteilt dem Ratsvorsitz ein Mandat für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, die beginnen können, sobald das Europäische Parlament seine Position angenommen hat.

Pressemitteilung

EP: Verordnung zum Schutz von Erwachsenen angenommen

Am 20. Oktober 2026 nahm das Europäische Parlament in erster Lesung die Verordnung über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Maßnahmen und die Zusammenarbeit in Fragen betreffend den Schutz Erwachsener an. Die Verordnung soll Vorschriften für grenzüberschreitende Sachverhalte zum Schutz von Erwachsenen, die aufgrund einer Beeinträchtigung oder Unzulänglichkeit ihrer persönlichen Fähigkeiten nicht in der Lage sind, ihre Interessen zu schützen, oder die bei der Entscheidungsfindung Unterstützung und Schutz benötigen, festlegen. Die Verordnung enthält insbesondere Vorschriften über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Maßnahmen, die Annahme öffentlicher Urkunden und die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten, den zuständigen Behörden und den zentralen Behörden der Mitgliedstaaten. Dabei nimmt die Verordnung teilweise Bezug auf das Haager Übereinkommens von 2000, welches ein multilaterales Instrument zur internationalen Regelung der Zuständigkeit für die Ergreifung von Erwachsenenschutzmaßnahmen ist.

Im weiteren Verfahren muss der Rat die Verordnung annehmen. Nach dem Inkrafttreten gilt ein Großteil der Verordnung nach 30 Monaten.

Text der Verordnung nach der ersten Lesung

EP: Stärkung des Verbraucherschutzes bei Reisen

Am 20. Oktober 2026 nahm der Europäische Parlament mit 652 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und acht Enthaltungen die überarbeitete Verordnung an, die Reisende in Zukunft bei Verspätungen oder Ausfällen besser schützen und informieren soll.

Wenn Flüge über Vermittler wie Reisebüros oder Online-Buchungsplattformen gebucht werden, haben die Passagiere Anspruch auf vollständige Erstattung einschließlich etwaiger Vermittlungsgebühren. Das Luftfahrtunternehmen muss die Zahlung innerhalb von sieben Tagen an den Vermittler und der Vermittler innerhalb von weiteren sieben Tagen an den Fluggast überweisen. Die Vermittler müssen die Fluggäste bereits zum Zeitpunkt der Buchung über die Erstattungsregelungen informieren. Passagiere können Erstattungs- und Entschädigungsanträge in Zukunft in Form standardisierter Formulare einreichen.

Die neuen Regeln sollen auch die Rechte von Fluggästen mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität verbessern. Ist eine Begleitperson während eines Fluges notwendig, kann sie kostenlos mitfliegen. Bei Bus-, Bahn- oder Schiffsreisen gilt dies bereits.

Nationale Behörden erhalten mehr Befugnisse, um gegen mögliche Verstöße gegen Passagierrechte vorzugehen. Sie können künftig von sich aus Prüfungen, Kontrollen oder Befragungen von Verkehrsunternehmen einleiten und müssen nicht erst auf Beschwerden von Reisenden warten.

Die überarbeiteten Regeln müssen im weiteren Verfahren noch vom Rat angenommen werden, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Sie gelten ab dem 23. Oktober 2027, gleichzeitig mit der Verordnung über Fluggastrechte.

Pressemitteilung

4. Finanzen und Digitalisierung

Rat verständigt sich auf Eckpunkte für eine stärker europäische Kapitalmarktaufsicht

Der Rat hat am 9. Oktober 2026 die wesentlichen Elemente seiner Verhandlungslinie zur Integration und Beaufsichtigung der europäischen Kapitalmärkte vereinbart. Das Paket soll grenzüberschreitende Finanzgeschäfte erleichtern und mehr privates Kapital für Investitionen mobilisieren. Vorgesehen sei, die Aufsicht über besonders bedeutende Handelsplätze und Einrichtungen zur Abwicklung von Finanzgeschäften auf die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) zu übertragen.

Wie weit diese Zentralisierung reichen soll, bleibt weiterhin politisch umstritten. Der Rat grenzt die erfassten Unternehmen enger ein als die Kommission. Auch bei Kryptodienstleistern sollen vorerst nur besonders bedeutende grenzüberschreitende Anbieter unmittelbar europäisch beaufsichtigt werden. Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament können beginnen, sobald auch dessen Position vorliegt.

Pressemitteilung

Kommission untersucht Sicherheitsvorfälle bei besonders leistungsfähiger KI

Die Kommission hat am 9. Oktober 2026 mit ihrem wissenschaftlichen KI-Gremium über Sicherheitsrisiken besonders leistungsfähiger Modelle beraten. Nach dem am 12. Oktober 2026 veröffentlichten Sitzungsbericht ging es um Vorfälle, bei denen Systeme nach Angaben des Gremiums nicht hinreichend unter Kontrolle geblieben waren und um technische Entwicklungen, die ihre Überwachung erschweren können. Das Gremium empfiehlt bessere Fähigkeiten zur Erkennung und Untersuchung solcher Vorfälle, eine stärkere Kontrolle bereits während der Modellentwicklung und mehr internationalen Informationsaustausch. Auch Risiken möglicher automatisierter Verbesserungen von KI-Systemen wurden erörtert. Die Sitzung zeigt, dass sich die europäische Aufsicht stärker mit Sicherheitsrisiken an der technischen Leistungsgrenze beschäftigt.

Pressemitteilung

Rat legt Position zur Vereinfachung des digitalen Regelwerks fest

Der Rat hat am 21. Oktober 2026 seine Verhandlungsposition zur Vereinfachung des digitalen Regelwerks beschlossen. Das Vorhaben bündelt Änderungen an Datenschutz-, Cookie-, Daten- und Cybermeldevorschriften. Eine abschließende Einigung mit dem Europäischen Parlament liegt noch nicht vor.

Für die Meldung von Cybersicherheitsvorfällen und Datenschutzverletzungen schlägt der Rat nationale zentrale Anlaufstellen vor. Sie sollen Meldungen nach unterschiedlichen EU-Vorschriften erleichtern. Die bisherige Definition personenbezogener Daten soll erhalten bleiben; ergänzende Bestimmungen sollen die Anforderungen bei pseudonymisierten Daten präzisieren. Weitere Änderungen betreffen die Verarbeitung personenbezogener Daten für wissenschaftliche Forschung sowie für die Entwicklung und den Betrieb von KI-Systemen. Bei Cookies sollen zusätzliche Ausnahmen von der Einwilligungspflicht, etwa für bestimmte Reichweitenmessungen, die Zahl der Einwilligungsabfragen verringern.

Für Unternehmen, öffentliche Stellen und Hochschulen sind vor allem die Meldeverfahren und die Regeln zur Datennutzung relevant. Ob und in welchem Umfang daraus Entlastungen entstehen, hängt von der abschließenden Gesetzgebung ab. Die Ratsposition ändert die geltenden Pflichten noch nicht.

Pressemitteilung

Vorläufige Einigung über einfachere Regeln für Verbriefungen

Rat und Europäisches Parlament haben sich am 21. Oktober 2026 vorläufig auf eine Reform des Verbriefungsmarkts geeinigt. Bei Verbriefungen werden Unternehmens- oder Immobilienkredite gebündelt und in handelbare Finanzprodukte umgewandelt. Die Reform soll Banken zusätzliche Spielräume für die Kreditvergabe verschaffen.

Vereinbart wurden niedrigere Eigenkapitalanforderungen für risikoarme Verbriefungen, eine neue Kategorie besonders widerstandsfähiger Transaktionen und weniger Verwaltungsaufwand. Für risikoreichere Positionen sollen höhere Anforderungen erhalten bleiben. Unabhängige Stellen, die die Einhaltung bestimmter Qualitätsmerkmale prüfen, sollen einer Aufsicht auf EU-Ebene unterliegen.

Ob Banken tatsächlich mehr oder günstigere Kredite anbieten, lässt sich aus der Einigung noch nicht ableiten. Die Rechtstexte müssen zunächst fertiggestellt und von beiden Gesetzgebern förmlich angenommen werden.

Pressemitteilung

5. Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus, Arbeit, Energie

Verteidigungsindustrie erhält einfachere Regeln für Genehmigung und Beschaffung

Der Rat hat am 9. Oktober 2026 das s.g. Verteidigungs-Omnibuspaket endgültig angenommen. Zwei Verordnungen und eine Richtlinie sollen Investitionen und Beschaffung beschleunigen und die Zusammenarbeit von Unternehmen innerhalb der EU erleichtern. Dazu gehören vereinfachte Förderanträge beim Europäischen Verteidigungsfonds und ein höherer Förderbonus für Projekte mit KMU. Besonders weitreichend sind die Regeln für Genehmigungsverfahren bei Projekten zur Verteidigungsbereitschaft. Nach Angaben des Rates ist grundsätzlich eine Höchstdauer von 102 Arbeitstagen vorgesehen. Bleibt eine Entscheidung aus, kann der Antrag als genehmigt gelten. Das nationale Recht darf Ausnahmen bei schwerwiegenden Gefahren für die menschliche Gesundheit oder die nationale Sicherheit vorsehen. Außerdem werden Beschaffungsschwellen angehoben und Verbringungen von Verteidigungsgütern innerhalb der EU erleichtert.

Politisch geht es um den Ausgleich zwischen schnellerem Kapazitätsaufbau und verlässlicher behördlicher Prüfung. Die Rechtsakte treten nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Die Annahme allein bedeutet noch keine sofortige Anwendung aller Einzelregeln.

Pressemitteilung

AGILE fördert Verteidigungsinnovationen kleiner Unternehmen

Der Rat hat am 12. Oktober 2026 die Verordnung über das neue Förderprogramm AGILE angenommen. Das Europäische Parlament hatte am 6. Oktober zugestimmt. Mit 115 Mio. € sollen KMU einschließlich junger Technologieunternehmen bei der Entwicklung und Erprobung neuer Verteidigungstechnologien unterstützt werden. Das Programm setze beim Übergang vom Prototyp zur einsatzfähigen Anwendung an.

Auch zivile Technologien, die für Verteidigungszwecke angepasst werden, kommen grundsätzlich in Betracht. Vorgesehen sind beschleunigte Förderverfahren, ein erleichterter Zugang zu Testeinrichtungen und Kontakte zu größeren Industrieunternehmen. Zwischen Antrag und Fördergewährung sollen vier Monate liegen. Unterstützte Technologien sollen innerhalb von ein bis drei Jahren bei den Streitkräften ankommen.

Die Verordnung tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Ein erster Aufruf wird Anfang 2027 erwartet.

Pressemitteilung

EU und China suchen Entlastung in einzelnen Handelskonflikten

Die Kommission und die chinesische Regierung haben bei ihren Handels- und Investitionskonsultationen am 8. und 9. Oktober 2026 in Peking Verständigungen zu mehreren Streitpunkten erzielt. Die gemeinsame Erklärung nennt eine Übereinkunft zum Handel mit Hybridfahrzeugen und weitere Gespräche über mögliche Zollsenkungen. China will außerdem die Bearbeitung von Exportgenehmigungen für seltene Erden und Permanentmagnete über ein beschleunigtes Verfahren weiter erleichtern. Bei Medizintechnik und weiteren regulierten Produkten soll der Marktzugang Gegenstand zusätzlicher Gespräche bleiben.

Die Ergebnisse sind unterschiedlich verbindlich. Angekündigte Gespräche oder Erleichterungen ersetzen keine beschlossenen Zolländerungen. Auch die gemeinsame Erklärung zu Hybridfahrzeugen enthält selbst keine bezifferte Einfuhrquote. Medien berichten ergänzend über eine geplante mengenmäßige Begrenzung und unterschiedliche Bewertungen ihres Umfangs durch beide Seiten. Die politische Verständigung darf daher nicht mit einer bereits anwendbaren Handelsmaßnahme gleichgesetzt werden.

Pressemitteilung (Gemeinsame Erklärung EU/China)

Investitionskontrolle gewinnt an Bedeutung

Die Kommission hat am 14. Oktober 2026 ihren sechsten Jahresbericht zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen veröffentlicht. Im Jahr 2025 meldeten die Mitgliedstaaten 667 Investitionsvorhaben über den europäischen Kooperationsmechanismus. Das waren ca. 40% mehr als 2024. 88% der Fälle konnten innerhalb von 15 Tagen abgeschlossen werden. 12% wurden näher auf mögliche Sicherheitsrisiken untersucht. Die meisten Meldungen betrafen das verarbeitende Gewerbe, Informations-, Kommunikationstechnologien und Finanzdienstleistungen. Die Zahlen beschreiben die Arbeit des europäischen Kooperationsmechanismus, sie aber sind weder eine Statistik sämtlicher Unternehmensübernahmen noch ein Maß für deren wirtschaftlichen Nutzen.

Pressemitteilung

Emissionshandel für Gebäude und Straßenverkehr erhält stärkeren Preispuffer

Der Rat hat am 9. Oktober 2026 Änderungen an der Marktstabilitätsreserve des europäischen Emissionshandels für Gebäude, Straßenverkehr und weitere kleinere Sektoren angenommen. Die Reserve soll starke Preisschwankungen begrenzen, indem sie die verfügbare Menge an Emissionszertifikaten anpasst.

Bei Überschreiten der festgelegten Preisschwelle sollen zukünftig 40 Mio. statt 20 Mio. zusätzliche Zertifikate freigegeben werden. Die Schwelle beträgt 45 € pro Tonne CO2-Äquivalent zu Preisen von 2020. Außerdem wird die Reserve über 2030 hinaus fortgeführt. Bei knapper werdendem Angebot sollen Zertifikate stärker gestaffelt bereitgestellt werden. Die Änderung soll den nach Angaben des Rates für 2028 vorgesehenen vollständigen Start des Systems absichern. Die Reserve garantiert keinen festen Höchstpreis für Heiz- oder Kraftstoffe. Verpflichtet werden die Brenn- und Kraftstoffanbieter. Deren zusätzliche Kosten können sich auf Haushalte und Unternehmen auswirken. Der Beschluss tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Die Änderung betrifft den Preispuffer des neuen Systems und ist von der parallel diskutierten Reform des bisherigen Industrie-Emissionshandels zu unterscheiden.

Pressemitteilung

Kommission schlägt spätere Anwendung einzelner Methanpflichten vor

Die Kommission hat am 14. Oktober 2026 vorgeschlagen, einzelne Pflichten der Methanverordnung um ein Jahr zu verschieben. Betroffen sind Nachweise über Messung, Berichterstattung und unabhängige Überprüfung bei Importen von Erdöl, Erdgas, Kohle und Vorgaben zur Methanintensität für Importeure und europäische Produzenten. Über den Vorschlag müssen Rat und Europäisches Parlament entscheiden.

Die Nachweise nach Art. 28 sollen erstmals bis 31.05.2029, Angaben zur Methanintensität nach Art. 29 bis 5.08.2029 und der Nachweis über die Einhaltung entsprechender Höchstwerte bis 5.08.2031 verlangt werden. Es handelt sich damit um gezielte Friständerungen. Die gesamte Verordnung wird nicht ausgesetzt. Die Kommission begründet den Vorschlag mit angespannten Energiemärkten und zusätzlichem Vorbereitungsbedarf. Medien berichtet dazu über Kritik von Umweltorganisationen und Streit im Europäischen Parlament über Umfang und Dauer der Verschiebung. Der Konflikt betrifft Versorgungssicherheit, Planungssicherheit und den Klimanutzen einer schnellen Verringerung von Methanverlusten.

Pressemitteilung

Arbeitsschutz wird auf weitere gefährliche Stoffe ausgeweitet

Der Rat hat am 19. Oktober 2026 überarbeitete Vorschriften zum Schutz vor gefährlichen Stoffen am Arbeitsplatz angenommen. Die sechste Änderung der einschlägigen Arbeitsschutzrichtlinie führt Grenzwerte für Kobalt und seine anorganischen Verbindungen, bestimmte polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, 1,4-Dioxan und Isopren ein. Außerdem wird Schweißrauch ausdrücklich in die Liste erfasster Stoffe, Gemische und Verfahren aufgenommen. Damit wird der europäische Mindestschutz an neue wissenschaftliche Erkenntnisse angepasst. Welche technischen oder organisatorischen Anpassungen notwendig werden, hängt von den konkreten Tätigkeiten und Belastungen im Betrieb ab. Nach Veröffentlichung und Inkrafttreten müssen die Mitgliedstaaten die Richtlinie grundsätzlich innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umsetzen. Die Annahme bedeutet daher keine sofortige Anwendung sämtlicher neuer Anforderungen. Arbeitgeber sollten die nationale Umsetzung und die für ihre Tätigkeiten geltenden Übergangsbestimmungen verfolgen. Der neue Schritt schließt an die vorläufige Einigung von Rat und Europäischem Parlament vom Juni 2026 an.

Pressemitteilung

Arbeitsqualität und psychische Gesundheit rücken auf die europäische Agenda

Das Europäische Parlament hat am 6. Oktober 2026 eine Initiative zum Schutz vor psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz angenommen. Die Kommission soll bestehende Regeln und die Folgen zusätzlicher Maßnahmen untersuchen und abhängig davon einen Gesetzgebungsvorschlag vorlegen. Im Mittelpunkt stehen Arbeitsdruck, Mobbing, Gewalt und Belästigung sowie Belastungen durch digitale Überwachung und automatisierte Entscheidungen. Gefordert werden u.a. regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen, vorbeugende Maßnahmen und Unterstützung bei der Rückkehr nach längeren Erkrankungen.

Am 19. Oktober beriet auch der Rat über den geplanten „Quality Jobs Act“. Die Debatte erfasst neben Arbeitsschutz und KI die Nichterreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeit, Telearbeit und Arbeitnehmerrechte in Unterauftragsketten. Deutschland unterstütze die Modernisierung zwar, möchte aber zusätzliche Unternehmensbelastungen vermeiden.

Weder die Initiative des Europäischen Parlaments noch die Aussprache im Rat schaffen selbst neue Arbeitgeberpflichten. Beide verdeutlichen jedoch die politische Richtung vor einem möglichen Kommissionsvorschlag.

Pressemitteilung (EP)
Pressemitteilung (Rat)

Verkehrsinfrastrukturprogramm CEF ist deutlich überzeichnet

Die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) hat am 7. Oktober 2026 die Antragszahlen der aktuellsten CEF-Verkehrsaufrufe veröffentlicht. Bis zum Fristende am 6. Oktober gingen 246 Anträge ein. Sie verlangen zusammen fast 3 Mrd. € EU-Kofinanzierung. Zur Verfügung stehen 1,1 Mrd. €. Die Ergebnisse der Antragsprüfung sollen im März 2027 mitgeteilt werden. Die Unterzeichnung erfolgreicher Fördervereinbarungen ist bis Juni 2027 vorgesehen. CEF unterstützt den Ausbau und die Modernisierung des transeuropäischen Verkehrsnetzes, einschließlich militärischer Mobilität.

Pressemitteilung

Modernisierung der Normungsverordnung vorgeschlagen

Die Kommission hat am 6. Oktober 2026 vorgeschlagen, das europäische Normungssystem zu modernisieren, um es zu beschleunigen, die Vertretung kleiner und mittlerer Unternehmen zu erhöhen und besser für die strategischen Interessen der Europäischen Union gerüstet zu sein. Normen tragen dazu bei, Sicherheit und Interoperabilität zu gewährleisten, Rechtssicherheit zu schaffen und den Marktzugang in allen Sektoren zu ermöglichen, von sauberen Technologien und Batterien bis hin zu Bauprodukten, Cybersicherheit und fortschrittlicher Fertigung.

Mit dem Vorschlag sollen klarere Fristen für die Entwicklung der von der Kommission geforderten Normen eingeführt und die Verwendung gemeinsamer Spezifikationen als gezielte Ausweichmaßnahme präzisiert. Die Kommission schlägt ferner vor, eine stärkere Verwendung externer technischer Spezifikationen unter festgelegten Bedingungen und Schutzvorkehrungen zu ermöglichen. Darüber hinaus würde es Zwischenleistungen zur Unterstützung der Konformität ermöglichen. Die Kommission schlägt auch vor, andere Standardentwicklungsorganisationen zur technischen Arbeit beitragen zu lassen, wenn dringender oder hochspezialisierter Bedarf entsteht.

Die Kommission schätzt, dass diese Maßnahmen zusammen die durchschnittliche Zeit, die für die Entwicklung einer Norm benötigt wird, von sechs auf vier Jahre verkürzen. Die Kommission schlägt ferner die Einrichtung eines Expertenzentrums für europäische Normung vor. Normen sollen künftig kostenlos über ein zentrales Portal zugänglich sein.

Die vorgeschlagene Verordnung muss im weiteren Verfahren vom Europäischen Parlament und Rat angenommen werden.

Pressemitteilung

Europäisches Parlament billigt gemeinsame Oberfläche für Entsendemeldungen

Das Europäische Parlament hat am 20. Oktober 2026 dem ausgehandelten Text zu einer gemeinsamen elektronischen Oberfläche für Entsendemeldungen zugestimmt. Sie soll Unternehmen die Meldung erleichtern, wenn sie Beschäftigte vorübergehend zur Erbringung einer Dienstleistung in einen anderen Mitgliedstaat entsenden. Die förmliche Ratsannahme steht noch aus.

Die von der Kommission einzurichtende Oberfläche soll kostenlos und in allen EU-Amtssprachen verfügbar sein. Unternehmen könnten dort Meldungen erstellen, Unterlagen übermitteln und gespeicherte Angaben erneut verwenden. Entsandte Beschäftigte sollen einen elektronischen Auszug ihrer Meldung erhalten. Die zuständigen Behörden sollen über das Binnenmarkt-Informationssystem IMI auf die erforderlichen Angaben zugreifen können, um die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte zu kontrollieren.

Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst, ob sie die Oberfläche nutzen. Für teilnehmende Staaten soll sie parallele zusätzliche Meldeanforderungen an Unternehmen vermeiden. Für grenzüberschreitend tätige Bau-, Handwerks- und Montagebetriebe in Mecklenburg-Vorpommern könnte dies Verfahren vereinfachen. Die im Einsatzland geltenden Arbeitsbedingungen bleiben dabei maßgeblich.

Pressemitteilung

Rat will kleine Anbieter bei grenzüberschreitenden Verpackungspflichten entlasten

Der Rat hat am 21. Oktober 2026 seine Verhandlungsposition zu einer begrenzten Entlastung bei Verpackungspflichten beschlossen. In der EU niedergelassene Hersteller von Verpackungen oder verpackten Produkten sollen unter bestimmten Voraussetzungen keinen Bevollmächtigten in einem anderen Mitgliedstaat benennen müssen. Dies soll gelten, wenn sie dort weniger als 1 Tonne Verpackungen pro Kalenderjahr auf den Markt bringen.

Die Ausnahme betrifft damit eine einzelne administrative Pflicht. Sie hebt die Verantwortung für Verpackungsabfälle nicht allgemein auf. Bei Verstößen gegen die Herstellerverantwortung sieht die Ratsposition eine Schutzklausel vor. Die Aussetzung soll 2032 auslaufen und zuvor von der Kommission überprüft werden.

Für kleine Hersteller und Versandhändler könnte die Regelung den Absatz geringer Mengen in anderen EU-Staaten erleichtern. Maßgeblich wäre die Verpackungsmenge im jeweiligen Absatzland. Über die endgültige Regelung muss sich der Rat noch mit dem Europäischen Parlament verständigen.

Pressemitteilung

Kommission will Zusammenarbeit öffentlicher Arbeitsverwaltungen fortführen

Die Kommission hat am 22. Oktober 2026 vorgeschlagen, das Mandat des Europäischen Netzwerks öffentlicher Arbeitsverwaltungen über 2027 hinaus zu verlängern. Die beteiligten Einrichtungen sollen stärker praktisch zusammenarbeiten und gemeinsame Ansätze erproben. Über den Vorschlag müssen Rat und Europäisches Parlament entscheiden. Schwerpunkte sind die frühzeitige Erkennung von Arbeitskräfte- und Qualifikationsengpässen, bessere Vermittlung, Beratung und Weiterbildung. Auch die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitender Mobilität und die Nutzung digitaler Verfahren einschließlich KI sollen gestärkt werden. Die Berichterstattung des Netzwerks soll zukünftig alle zwei Jahre statt jährlich erfolgen.

Das Vorhaben ist vor allem im Zusammenhang mit Fachkräftesicherung und der Integration arbeitsmarktferner Menschen relevant. Der Nutzen liegt in der Zusammenarbeit und Weiterentwicklung der Arbeitsverwaltungen. Ein neues Förderangebot für Unternehmen oder Beschäftigte wird mit dem Vorschlag nicht geschaffen.

Pressemitteilung

6. Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume, Umwelt

Verhandlungsposition des Rates zur GAP nach 2027

Am 26. Oktober 2026 haben sich die Agrarministerinnen und -minister auf eine partielle Verhandlungsposition zur Verordnung über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2027 geeinigt. Finanzielle und horizontale Fragen werden weiterhin im Rahmen der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 erörtert.

Grundsätzlich folgt der Rat der Stoßrichtung des Kommissionsvorschlags. Dieser sieht vor, bestehende EU-Fonds – darunter die beiden GAP-Fonds – in den Plan für nationale und regionale Partnerschaft (NRPP) zu integrieren. Jeder Mitgliedstaat soll einen einzigen umfassenden Plan ausarbeiten, der die bisherigen separaten Pläne und Programme für Kohäsion, Landwirtschaft, Fischerei, Migration und Sicherheit sowie den Klima-Sozialfonds ersetzt.

Der Rat setzt sich dafür ein, einen kohärenten und einheitlichen EU-Rahmen zu wahren und den Mitgliedstaaten gleichzeitig die nötige Flexibilität für ihre nationalen Besonderheiten zu geben. Er schlägt in seiner Position folgende Maßnahmen vor:

Im Rahmen der degressiven flächenbezogenen Einkommensstützung (DABIS) sollen die Mitgliedstaaten einen Umverteilungsmechanismus nutzen können, der mit der ergänzenden Umverteilungseinkommensstützung für Nachhaltigkeit aus der derzeitigen GAP vergleichbar ist. Um die richtige Zielgruppe der Einkommensstützung zu erreichen, ist die Definition des aktiven Landwirts ist ein entscheidendes Element. Die Definition des Begriffs „aktiver Landwirt“ soll für die Mitgliedstaaten verbindlich sein – jedoch mit genügend Spielraum, sie an die Situation im jeweiligen Land anzupassen.

Zur Unterstützung des Generationswechsels müssen die Mitgliedstaaten eine höhere DABIS für Junglandwirte zur Verfügung stellen sowie deren Zugang zu Wissen, Ausbildung und Beratung erleichtern. Zudem sind eine Strategie für den Generationswechsel sowie ein Starterpaket für Junglandwirte verpflichtend.

Des Weiteren soll ein gemeinsamer Rahmen für verantwortungsvolle Betriebsführung (engl. *Farm Stewardship*) etabliert werden, in dem allgemeine Vorschriften für Unterstützungsleistungen sowie Anreize für Landwirte festgelegt sind, die umweltfreundliche Schutzpraktiken anwenden.

Ein weiteres Anliegen ist, Krisenmanagement und Planungssicherheit zu stärken. Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, Krisenzahlungen an Landwirte im Falle von Naturkatastrophen, Seuchen oder ähnlichen Ereignissen zu leisten. Weitere Maßnahmen umfassen die Unterstützung von Versicherungen sowie Investitionen in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.

Auch die Arbeitsbedingungen und die Work-Life-Balance von Landwirten sollen stärker berücksichtigt werden. Die Mitgliedstaaten sollen Vertretungsdienste (engl. *Farm Relief Services*) einrichten können, damit Landwirte bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt leichter Ersatzkräfte finden. Die soziale Konditionalität streichen die Mitgliedstaaten allerdings in ihrer Positionierung.

Zuletzt sollen Initiativen zur Entwicklung ländlicher Gebiete gefördert werden, um deren Attraktivität und Lebensqualität aufzuwerten. Mögliche Maßnahmen dafür sind die Förderung von Projekten zur Diversifizierung landwirtschaftlicher Tätigkeiten (z.B. Agrotourismus), Innovation und Digitalisierung.

Nachdem der Europäische Rat über die verbleibenden finanziellen und horizontalen Aspekte entschieden hat und nachdem auch das Europäische Parlament seine Position festgelegt hat, können die Verhandlungen über die endgültige Ausgestaltung der Vorschriften beginnen. Im Europäischen Parlament wird Die Annahme eines Verhandlungsmandats im Januar 2027 anvisiert.

Pressemitteilung

Rat veröffentlicht Zahlen zur internationalen Klimafinanzierung

Am 29. Oktober 2026 hat der Rat seine Beiträge für 2025 zur internationalen Klimafinanzierung veröffentlicht. Demnach haben die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten 32,3 Milliarden € aus öffentlichen Quellen zur Klimafinanzierung beigetragen. Zusätzlich wurden 9,3 Milliarden € an privater Finanzierung mobilisiert. Fast die Hälfte der öffentlichen Mittel (48 %) wurden für die Anpassung an den Klimawandel oder für übergreifende Maßnahmen (die sowohl Initiativen zum Klimaschutz als auch zur Klimaanpassung umfassen) ausgegeben. Die Beträge zur internationalen Klimafinanzierung der EU werden regelmäßig im Vorfeld der jährlichen Klimakonferenz vom Rat veröffentlicht.

Einen Aus- und Überblick sowie weitere Hintergründe zur anstehenden Klimakonferenz COP31 finden Sie auch im diesbezügliche EPRS-Briefing.

Pressemitteilung

Ratstagung „Landwirtschaft und Fischerei“: TACs Ostsee und handelsbezogene Agrarfragen

Am 26. Oktober 2026 fand eine Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei statt. Im Bereich der Landwirtschaft konnte der Rat eine partielle Verhandlungsposition zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 erzielen. Zudem erörterten die Ministerinnen und Minister handelsbezogene Agrarfragen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten das wachsende Netz an EU-Handelsabkommen besser nutzen können, um neue Ausfuhrmöglichkeiten für den Agrar- und Lebensmittelsektor zu schaffen. Denn trotz geopolitischer Herausforderungen hat der Sektor in den ersten acht Monaten diesen Jahres einen höheren Handelsüberschuss als im Vorjahreszeitraum. Die EU nimmt eine Schlüsselrolle bei der weltweiten Ernährungssicherheit und der Unterstützung der Ukraine in der Lebensmittelversorgung ein.

Im Bereich der Fischerei wurden zum einen anhand wissenschaftlicher Gutachten die zulässigen Gesamtfangemengen (TAC) für die Ostseefischerei 2027 festgelegt, was wichtige Fischbestände wie Hering, Dorsch, Scholle, Sprotte und Lachs betrifft. Ziel ist, die Erholung der Bestände zu fördern und die Meeresumwelt zu schützen, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Fischerei sicherzustellen. Zum anderen bereitete der Rat den Standpunkt der EU für die Jahrestagung der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) vor.

Unter Sonstiges stellte die Kommission ihre Fortschrittsbericht zur Vereinfachung in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei vor. Außerdem äußerten die Visegrad-Staaten ihre Forderung zur Verschärfung der Richtlinie über unfaire Handelspraktiken, Österreich sprach sich für die Änderung des Agrarstatistik-Berichts-Rhythmus aus und es wurde der Befall von Weinreben mit dem Feuerbakterium in Luxemburg diskutiert. Die weiteren unter „Sonstiges“ diskutierten Punkten finden Sie in der Pressemitteilung.

Pressemitteilung

EEA: Gezieltere Maßnahmen zum Schutz vor Lärmbelastung erforderlich

Ein am 26. Oktober 2026 veröffentlichten Bericht der Europäischen Umweltagentur (EAA) empfiehlt gezieltere Maßnahmen zum Schutz besonders durch Lärm gefährdeter und belasteter Bevölkerungsgruppen. Der Bericht verdeutlicht, dass die gesundheitlichen Auswirkungen von Verkehrslärm nicht gleichmäßig verteilt sind. Dabei spielen nicht nur bestimmte Altersgruppen eine Rolle, die besonders anfällig sind; auch soziale Ungleichheiten und benachteiligende Umweltbedingungen können dazu führen, dass die Folgen von Verkehrslärm gravierender ausfallen. Einige Studien deuten darauf hin, dass bei älteren Menschen ein stärkerer Zusammenhang zwischen Verkehrslärmbelastung und gesundheitlichen Folgen – wie Herzinfarkten, Sterblichkeit und Schlafstörungen – besteht als in der Allgemeinbevölkerung. Auch Kinder sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt: Forschungsergebnisse zeigen, dass Lärmbelastung bei Kindern zu einer beeinträchtigten Lesefähigkeit, Übergewicht und Verhaltensauffälligkeiten führen kann. Weitere lokale Einflussfaktoren können unter anderem der sozioökonomischen Status der Anwohnerschaft, die Wohnqualität, die Verkehrsanbindung oder den Zugang zu ruhigen Grünflächen wie Parks sein.

In dem Bericht fordert die EEA daher eine Kombination aus umfassenden Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung für alle sowie gezielten Schritten, um besonders gefährdete und überproportional belastete Bevölkerungsgruppen besser zu schützen.

Pressemitteilung

Methan-Verordnung: EP stimmt für dreijährige Verschiebung bestimmter Pflichten

Am 22. Oktober 2026 hat das Europäische Parlament mit 341 zu 225 Stimmen bei 6 Enthaltungen dafür gestimmt, die Vorschriften zur Überwachung und Meldung von Methanemissionen für Importeure von Öl, Gas und Kohle um drei Jahre zu verschieben. Die Kommission hatte lediglich eine Verschiebung um ein Jahr vorgeschlagen.

Die verlängerten Fristen sollen nicht für Energieimporte aus Ländern gelten, gegen die die EU Sanktionen verhängt hat. Um eine Umgehung der Vorschriften zu verhindern, müssten Importeure diese Lieferungen – auch wenn sie Teil von Mischladungen sind – gesondert melden. Die Kommission würde eine indikative Liste der betroffenen Länder veröffentlichen und regelmäßig aktualisieren.

Die Abgeordneten fordern die Kommission außerdem auf, bis zum 1. Juli 2029 einen Bericht über die Umsetzung der Bestimmungen für Importeure sowie der Vorgaben zur Methanintensität vorzulegen.

Hintergrund des Vorschlags ist es, dass Importeure darauf hingewiesen hatten, dass sie möglicherweise nicht in der Lage sein werden, ausreichend konforme Liefermengen zu beschaffen – in einer Zeit, in der die Energiemärkte angespannt sind und die Preise aufgrund des Konflikts im Nahen Osten ein hohes Niveau aufweisen.

Das Europäische Parlament ist damit nun bereit, die Verhandlungen mit dem Rat über die endgültige Ausgestaltung des Rechtsakts aufzunehmen. Um durch die neuen Fristen rasch Rechtssicherheit zu schaffen, hatte das Europäische Parlament dieses Dossier im Dringlichkeitsverfahren behandelt. Im Rat ist die Abstimmung über ein Verhandlungsmandat am 21. Oktober 2026 zunächst gescheitert, da mehrere Mitgliedstaaten noch mehr Prüfzeit erbaten. Es ist vorgesehen, dass die Änderungsverordnung am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft tritt.

Pressemitteilung

Angenommener Text

EP und Rat einigen sich auf Überarbeitung Marktstabilitätsreserve EHS1

Am 21. Oktober 2026 haben sich der Rat und das Europäische Parlament auf eine Überarbeitung der Marktstabilitätsreserve des EU-Emissionshandelssystems (EHS1) geeinigt. Die Kommission hatte vorgeschlagen, den bestehenden Löschungsmechanismus, bei dem alle in der Reserve gehaltenen Zertifikate über dem Schwellenwert von 400 Millionen Zertifikaten gelöscht werden, abzuschaffen. In der politischen Einigung wird die Reserve ausgebaut, sodass sie bis zu 700 Millionen Zertifikate als Puffer einzubehalten kann. So sollen die künftige Marktstabilität und Vorhersehbarkeit unterstützt werden.

Die Marktstabilitätsreserve wurde 2019 eingeführt, um die Widerstandsfähigkeit des EHS1 zu erhöhen, indem das Angebot an Zertifikaten an Marktentwicklungen angepasst und der CO2-Markt widerstandsfähiger gegen künftige Schocks und Preisschwankungen gemacht wird.

Die politische Einigung muss noch sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Rat bestätigt werden.

Pressemitteilung

Einigung von Rat und EP zu neuen Öko-Landbau-Vorschriften



Das EU-Bio-Logo gilt als eines der bekanntesten Lebensmitteletiketten unter den Europäerinnen und Europäern. Bislang dürfen nur Hersteller, deren Produkte nach den EU-Bio-Vorschriften erzeugt wurden, das Logo verwenden. Ein Gesetzesentwurf vom 20. Oktober 2026 für eine neue Verordnung sieht jedoch vor, dass künftig auch importierte Bio-Produkte aus Drittländern damit gekennzeichnet werden dürfen, solange diese gleichwertige Standards erfüllen sowie zusätzliche Produktions- und Kontrollanforderungen einhalten. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben mit der irischen Ratspräsidentschaft eine vorläufige Einigung über diesen Gesetzesentwurf erzielt.

Ziel ist es, mehr Klarheit und Vertrauen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu schaffen, Handelsstörungen zu vermeiden und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Erzeuger innerhalb und außerhalb der EU zu gewährleisten.

Kleinunternehmer, die unverpackte Bio Produkte direkt an Verbraucherinnen und Verbraucher verkaufen, können von den Bio-Zertifizierungsverfahren ausgenommen werden, sofern sie bestimmte Grenzen beim jährlichen Umsatz und Verkaufsvolumen einhalten. Die Umsatzgrenze soll von jährlich 20.000 € auf 40.000 € und die Grenze fürs jährliche Verkaufsvolumen von 5.000 kg auf 10.000 kg angehoben werden. Damit können mehr Kleinerzeuger von der Ausnahmeregelung profitieren.

Um Kreuzkontaminationen zwischen ökologischem und konventionellem Landbau entgegenzuwirken, plant die Kommission Informationen über bewährte Vermeidungsverfahren zu veröffentlichen.

Die politische Einigung muss nun noch vom Europäischen Parlament und vom Rat formell gebilligt werden.

Pressemitteilung

Das EP fordert Bürokratieabbau beim Recycling von Batterien, Verpackungen und Textilien

Das Europäische Parlament hat am 20. Oktober 2026 seine Position zum Kommissionsvorschlag für eine Änderung der Vorschriften zum Recycling von Batterien, Verpackungen und Textilien angenommen. Die Vorschriften sind Teil des Umwelt-Omnibus-Pakets.

Kern der geplanten Änderungen ist eine Ausnahmeregelung von dem Prinzip der erweiterten Herstellverantwortung (EPR) einzuführen. Grundsätzlich sind Hersteller, die Produkte auf den EU-Markt bringen, verpflichtet Gebühren zu zahlen, um die Kosten für Sammlung, Sortierung und Recycling nach der Entsorgung mitzufinanzieren. Zudem müssen sie in jedem Mitgliedstaat, in dem sie Produkte verkaufen, einen Bevollmächtigten für die Einhaltung der EPR-Pflichten benennen. Von letzterem sollen künftig kleine Unternehmen und Kleinstunternehmen ausgenommen werden, die Verpackungen, Batterien, Textilien, Schuhe, Elektrogeräte und Einwegkunststoffe herstellen. Betroffen sind also Unternehmen mit Sitz in der EU, die weniger als 50 Beschäftigte haben und einen Jahresumsatz von unter zehn Millionen Euro erzielen. Bestehende Vorgaben zur Abfallvermeidung oder die Zahlung von Gebühren im Rahmen der EPR bleiben davon unberührt. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen im EU-Binnenmarkt weiter zu verringern.

Es handelt sich dabei um vorübergehende Lösungen, die maximal bis 2035 gelten sollen oder bis die Kommission ein Gesetz zur Kreislaufwirtschaft verabschiedet. Der Rat hat sein Verhandlungsmandat am 21. Oktober 2026 ebenfalls angenommen.

Pressemitteilung

Angenommener Text in Bezug auf Abfälle, Elektro- und Elektronik-Altgeräte und Einwegkunststoffabfälle

Angenommener Text in Bezug auf Batterien und Altbatterien sowie Verpackungen und Verpackungsabfälle

Ratsposition zur gemeinsamen Marktorganisation

Am 19. Oktober 2026 hat der Rat im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 eine partielle Verhandlungsposition zu einer Reihe aktualisierter Vorschriften für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte (GMO) gebilligt. Der Rat behält die Ausrichtung des Kommissionsvorschlags bei und versucht die GMO gleichzeitig zu stärken, zu aktualisieren und dem neuen Haushaltsrahmen sowie veränderten politischen Entwicklungen anzupassen.

Mit der GMO wird der Rahmen des Binnenmarktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der gesamten EU festgelegt. Zudem umfasst sie Maßnahmen zur besseren Vorbereitung auf Notfälle und Krisen. Finanzielle sowie horizontale Fragen bleiben aufgrund der andauernden MFR-Verhandlungen dabei ausgeklammert.

Der erste betroffene Bereich umfasst die Einführung verbindlicher **Interventionen für die Sektoren Imkerei, Obst, Gemüse und Wein**, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Im Weinsektor besteht die Möglichkeit, Ausnahmeregelungen für nationale Besonderheiten einzuführen.

Zweitens würde der Trockenfuttersektor durch einen **Eiweißpflanzen- und Ölsaatensektor** ersetzt werden. Erzeugerorganisationen sollen für die sektoralen Interventionen anerkannt werden. Ziel ist es, die heimische Produktion anzukurbeln und die Abhängigkeit vom Import der Eiweißpflanzen zu reduzieren.

Drittens soll das **EU-Schulprogramm** weitergeführt werden, um gesunde Ernährungsgewohnheiten von Schülerinnen und Schülern zu fördern. Dazu werden Obst, Gemüse und Milch an Schulkinder verteilt und Bildungsmaßnahmen unterstützt. Der Referenzzeitraum soll künftig von Schuljahren auf Kalenderjahre umgestellt werden.

Viertens ist die Möglichkeit vorgesehen, **Vermarktungsnormen** für Eiweißpflanzen, Rindfleisch, Schweinefleisch, Schaffleisch, Ziegenfleisch und Reis einzuführen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher besser über den Ursprung der von ihnen gekauften Erzeugnisse informiert sind.

Zuletzt ist geplant, Vorschriften für die Erzeugung und Vermarktung von **Hanf** EU-weit anzugleichen. Im Fokus steht die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen und der Schutz der öffentlichen Gesundheit. Letzteres soll durch eine strenge Saatgutzertifizierung und ein Schwellenwert von 0,3 % für Δ9-Tetrahydrocannabinol (THC) erreicht werden.

Die angenommene Position bildet die Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament durch den Ratsvorsitz.

Pressemitteilung

Umweltrat: Aussprache zur Überarbeitung des EU EHS

Am 12. Oktober 2026 tagte der Umweltrat. Dabei diskutierten die Ministerinnen und Minister neben der EU-Positionierung auf der kommenden Klima- und Biodiversitätsschutzkonferenz unter anderem den Kommissionsvorschlag für eine Überarbeitung des EU Emissionshandelssystems (EHS1). In Bezug auf die vorgeschlagene Abschwächung des linearen Reduktionsfaktors (LRF), der die jährliche Verringerung von EHS-Zertifikaten angibt, kristallisierten sich harte Verhandlungen heraus. Während mehrere Mitgliedstaaten vor einer zu starken Verwässerung des EHS1 warnten und auf ein nicht zu starkes Absenken drängten, forderten mehrere andere Mitgliedstaaten einen flacheren Reduktionspfad. Bei der Zuteilung freier Emissionszertifikate und dem EU Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) forderten einige Mitgliedstaaten, die kostenlose Zuteilung als Schutz vor Carbon Leakage beizubehalten, bis der CBAM vollständig funktioniere. Auf der anderen Seite drängten andere Mitgliedstaaten auf einen schrittweisen Rückgang der Gratiszertifikate.

Auch im Europäischen Parlament wird der Kommissionsvorschlag bereits lebhaft diskutiert. Hier wird eine Positionierung im Dezember angestrebt. Berichterstatter Peter Liese (CDU) hat sich in seinem Berichtsentwurf für eine höhere Anzahl an kostenlosen Emissionszertifikate als von der Kommission vorgeschlagen – insbesondere bis 2030 – eingesetzt. Außerdem spricht er sich dafür aus, den LRF für die ersten fünf Jahre auf 3,4 % und für die zweite Hälfte auf 2,3 % festzusetzen. S&D und Grüne fordern dagegen, den LRF bis 2035 bei 4,4 % zu belassen und anschließend auf 2,7 % abzusenken. Eine Verlängerung der Freizuteilung von Zertifikaten sehen beide Fraktionen ebenfalls kritisch. Darüber hinaus äußerten die Schattenberichterstatter von S&D, Renew und Grünen die Sorge vor einem sinkenden Ambitionsniveau, sollten auch internationale Zertifikate nach Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens im EHS1 ab 2036 integriert werden. Sie wollen diese Möglichkeit zur Flexibilisierung der EU-Klimaziele aus dem EHS1 streichen, da es das Preissignal des CO_2-Handels schwäche.

Pressemitteilung

Videoaufzeichnung der öffentlichen Teile der Tagung

Rat und EP nehmen Schlussfolgerungen zur Klimakonferenz COP31 an

Am 12. Oktober 2026 nahmen die EU Umweltministerinnen und -minister ihre Schlussfolgerungen für die vom 9. bis 20. November in Antalya, Türkei, stattfindende 31. Tagung der Vertragsparteien zur Klimarahmenkonvention (COP31) an. Darin fordern die Ministerinnen und Minister dringende und ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen, um jedes weitere Bruchteil eines Grades an Erwärmung zu vermeiden und auf den 1,5-Grad-Pfad zurückzukehren. Angesichts der sich verschärfenden Auswirkungen des Klimawandels betonten sie mit Sorge, dass der „Overshoot-Peak-Decline"-Pfad (Überschreitung – Höchststand – Rückgang) die beste verbleibende Option darstellt, um die globale Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts unter 1,5 °C zu halten (siehe dazu auch den UN-Bericht „Limiting Overshoot").

Darüber hinaus hoben die Ministerinnen und Minister die Notwendigkeit, die Ergebnisse der ersten globalen Bestandsaufnahme (GST-1) gemeinsam umzusetzen, in der EU-Verhandlungsposition hervor. Dies schließt den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und eine beschleunigte Energiewende hin zu sauberer Energie ein, wobei die saubere Elektrifizierung eine wichtige Komponente darstellt. Vor diesem Hintergrund soll die COP31 einen Rahmen bieten, um Minderungsmaßnahmen zu erörtern und die Weichen für die zweite globale Bestandsaufnahme (GST-2) zu stellen.

Das Europäische Parlament hat seine Position zur COP31 am 22. Oktober 2026 ebenfalls angenommen. Darin In mahnen die Abgeordneten angesichts steigender Emissionen und der rasanten Erwärmung Europas zu beschleunigtem Klimaschutz. Sie fordern einen schnelleren, strategischen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen inklusive eines entsprechenden eindeutigen Zeitplans sowie das Ende fossiler Subventionen. Zudem drängt das Parlament auf das Schließen der globalen Klimafinanzierungslücke durch faire Zuschüsse statt verschuldender Kredite für betroffene Staaten und verlangt die rasche finanzielle Aufstockung von Anpassungs- sowie Loss-and-Damage-Fonds, um weltweit über 3,6 Milliarden gefährdete Menschen gezielt zu schützen.

Pressemitteilung Rat

Pressemitteilung EP

MFR-Verhandlungsbox: Kompromissvorschläge zu GAP-Budget, Kappung und Degression

Am 10. Oktober 2026 hat die irische Ratspräsidentschaft die dritte Fassung der Verhandlungsbox – mit Zahlen – vorgestellt, die auf der Arbeit der vorigen Ratspräsidentschaften Dänemarks und Zyperns aufbaut. Das Dokument

sollte die Beratungen der Staats- und Regierungschefs der EU im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates im Oktober 2026 vorbereiten. Zu den Beratungen des Europäischen Rats vgl. das Vorwort auf der ersten Seite.

In der Verhandlungsbox ist im Vergleich zum Kommissionsvorschlag eine signifikante Kürzung des MFR-Gesamtumfangs um 141 Milliarden € (Preise von 2025) vorgesehen. Die Agrarpolitik davon allerdings nicht betroffen.

Die Kommission hatte in ihren Vorschlägen auch eine degressive Gestaltung der flächenbezogenen Einkommensstützung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) vorgesehen. Außerdem hatte die Kommission eine Obergrenze der jährlichen flächenbezogenen Zahlungen vorgeschlagen (Kappung). Über die Höhe dieser Kappung und Degression wird im Rahmen der MFR-Verhandlungen entschieden. Die Verhandlungsbox sieht in Bezug auf Kappung und Degression Folgendes vor:

- Zwischen 100.000 € und 125.000 € Reduktion um 15 %;
- Zwischen 120.000 € und 150.000 € Reduktion um 25 %;
- Über 150.000 € Reduktion um 50 %;
- Freiwillige Kappung bei 300.000 €;
- Unter 100.000 € können Mitgliedstaaten freiwillig weitere Degressionsschritte einführen.
- Vor der Anwendung von Kappung und Degression können die Mitgliedstaaten außerdem höhere flächenbezogene Einkommensstützungen für Junglandwirte ausnehmen.

Der sich aus der Degression und der Kappung in einem Mitgliedstaat ergebende Betrag soll Teil des für den Mindestbetrag dieses Mitgliedstaats für GAP-Einkommensstützungsmaßnahmen verfügbaren Betrags bleiben. Davon ausgenommen soll die Unterstützung für sektorale Interventionen sein, für die weiterhin der Unions-Kofinanzierungssatz von 100 % gelten kann.

Der irische Kompromissvorschlag sieht außerdem vor, dass die geplante durchschnittliche Beihilfe pro Hektar für die flächenbezogene Einkommensstützung für jeden Mitgliedstaat – in jeweiligen Preisen – nicht weniger als 90 € und nicht mehr als 240 € betragen dürfen soll.

Bis Ende des Jahres wollen die Staats- und Regierungschefs eine Einigung über den neuen MFR erzielen.

Verhandlungsbox

EHS2: Überarbeitung Marktstabilitätsreserve final angenommen

Am 9. Oktober 2026 hat auch der Rat die vorläufige Übereinkunft mit dem Europäischen zur Überarbeitung der Marktstabilitätsreserve des EU-Emissionshandels für Gebäude, Straßenverkehr und weitere Sektoren (EHS2) einstimmig angenommen. Damit können die neuen Vorschriften nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und treten 20 Tage darauf in Kraft. Die überarbeiteten Regelungen werden rechtzeitig zum für 2028 geplanten Start des EHS2 voll einsatzfähig sein.

Mit den neuen Regelungen soll die Anzahl der Zertifikate, die freigegeben werden, wenn die CO2-Kosten 45 € pro Tonne CO2-Äquivalent (zu Preisen von 2020) übersteigen, von 20 auf 40 Millionen verdoppelt werden. Zudem kann der Mechanismus nun zweimal jährlich ausgelöst werden. Zusätzlich wird eine graduellere Freigabe von Zertifikaten eingeführt: Derzeit werden 100 Millionen Zertifikate in einem einzigen Schritt freigegeben, sobald die Anzahl der im Umlauf befindlichen Zertifikate auf 210 Millionen sinkt. Gemäß der neuen Vorschriften wird ein geringeres Volumen freigegeben, sobald der Umlauf unter 260 Millionen fällt, aber über 210 Millionen bleibt. Dadurch sollen plötzliche Angebotsverschiebungen vermieden werden. Außerdem sieht die Einigung vor, die Marktstabilitätsreserve auch nach 2030 beizubehalten.

Pressemitteilung

Angenommener Text

Geflügel- und Schweinehaltung: Neue einheitlichen Bedingungen angenommen

Am 8. Oktober 2026 hat die Kommission im Rahmen der Industrieemissionsrichtlinie einen Durchführungsbeschluss für neue „Einheitlichen Bedingungen für die Betriebsvorschriften bei der Geflügel- und Schweinehaltung“ (UCOL) verabschiedet. Diese sollen Landwirtinnen und Landwirten einen klaren Rahmen zur Verringerung von Ammoniak-, Stickstoff- und Phosphoremissionen bieten. Die UCOL wurden in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, Tierhaltern und Umwelt-NGOs entwickelt. Sie ersetzen die bisherigen, (uneinheitlichen) nationalen Regelungen für

Emissionen aus der Geflügel- und Schweinehaltung durch gemeinsame Mindeststandards und sollen so zu einem fairen Wettbewerb auf dem Binnenmarkt beitragen.

Dabei sollen durch einen Fokus auf betriebliche Maßnahmen, wie etwa ein verbessertes Güllemanagement, eine optimierte Fütterung und entsprechende Stallhaltungssysteme Vorschriften vereinfacht werden. Auch die wirtschaftliche Machbarkeit soll besser berücksichtigt werden. Weiterhin sollen Landwirtinnen und Landwirte selbst entscheiden können, welche Verfahren sie anwenden, solange die geforderten Umweltstandards eingehalten werden. Zudem können auch Verfahren, die nicht explizit in den UCOL aufgeführt sind, eingesetzt werden, sofern die Mitgliedstaaten deren gleichwertige Umweltleistung auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse bestätigen.

Die UCOL wird für landwirtschaftliche Betriebe – abhängig von deren Größe – im Zeitraum zwischen 2030 und 2032 beginnen zu gelten.

Pressemitteilung

EU-Umweltzeichen im Aufwind

Das EU-Umweltzeichen (EU-Ecolabel) gewinnt bei europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern zunehmend an Bekanntheit und Vertrauen. Laut einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage der Kommission, veröffentlicht am 8. Oktober 2026 und mit insgesamt 25.566 Teilnehmer aus allen 27 Mitgliedstaaten, ist der Bekanntheitsgrad des Labels gegenüber 2023 um acht Prozentpunkte auf 46 % gestiegen. Zwei Drittel der Befragten kaufen häufig oder gelegentlich Produkte mit dem Umweltzeichen. Gleichzeitig wünschen sich 72 % der Verbraucherinnen und Verbraucher eine größere Auswahl entsprechend gekennzeichneter Produkte.

Auch bei Unternehmen steigt die Nachfrage nach dem Label. Besonders kleine und mittlere Unternehmen nutzen es: Sie stellen 62 % der Lizenzinhaber. Das EU-Umweltzeichen erleichtert die Erkennung umweltfreundlicherer Produkte für die Verbraucher und kann Unternehmen angesichts seiner wachsenden Beliebtheit dabei helfen, ihre Produkte am Markt besser zu positionieren.

Pressemitteilung

KOM-Vorschlag für Alternativen zu chemischen Düngemitteln

Sogenannte flüssige Gärreste können eine umweltfreundlichere Alternative zur energieintensiven Herstellung von chemischen Düngemitteln darstellen. Eine stärkere Nutzung der Gärreste könnte den Übergang zu CO_2-armen, kreislauforientierten Düngemitteln ankurbeln und zugleich Synergien mit der Biogas- und Biomethanerzeugung schaffen, die zur Energieversorgungssicherheit der EU beitragen. Jedoch begrenzt die Nitratrichtlinie der EU die Anwendung solcher Wirtschaftsdünger auf eine Menge von 170 kg Stickstoff pro Hektar und Jahr. Die bereits Anfang des Jahres angenommenen „RENURE-Regelungen“ ermöglichen es den Mitgliedstaaten, bestimmte aus Wirtschaftsdüngern zurückgewonnene stickstoffhaltige Materialien unter strengen Voraussetzungen von der genannten Begrenzung auszunehmen. Mit einem neuen Entwurf der Kommission zur Überarbeitung der Nitratrichtlinie, eingeführt im Rahmen des im EU-Aktionsplan für Düngemittel und in der Strategie für die Tierhaltung, soll diese Ausnahmeregelung nun auch auf die flüssigen Gärreste ausgeweitet werden.

Ziel der Änderung ist es, die Kosten für Landwirtinnen und Landwirte zu senken und ihre Abhängigkeit vom Import chemischer Düngemittel zu verringern. Hintergrund sind anhaltende geopolitische Spannungen und Störungen, die sich negativ auf die Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit von Düngemitteln auswirken.

Noch bis zum 13. November 2026 kann im Rahmen einer öffentlichen Konsultation Feedback zu dem neuen Gesetzesentwurf eingereicht werden. Anschließend muss der Entwurf im Nitratausschuss von einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten gebilligt werden. Bei entsprechender Unterstützung folgt eine dreimonatige Prüfungsfrist für das Europäische Parlament und den Rat. Danach könnte die Kommission die Änderung förmlich annehmen.

Pressemitteilung

Konsultation zu biobasierten Kunststoffen

Noch bis zum 13. Januar 2027 können Sie sich an der öffentlichen Konsultation der Kommission beteiligen. Ziel ist es, Ansichten und Erkenntnisse zur Rolle biobasierter Kunststoffe in der Verpackungspolitik zu sammeln. Die

Konsultation ist Teil der Überprüfung gemäß Artikel 8 der Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle sowie des Strategischen Rahmens für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Bioökonomie in der EU.

Mit der Verpackungs-Verordnung wurde ein harmonisierter EU-Rahmen für Verpackungen und Verpackungsabfälle geschaffen, der Verpackungsabfälle verringern, die Recyclingfähigkeit verbessern und eine stärker kreislauforientierte Ressourcennutzung fördern soll. In diesem Zusammenhang soll die Konsultation dabei helfen, mögliche Maßnahmen zur Steigerung der Marktnachfrage sowie Zielvorgaben für den Einsatz biobasierter Rohstoffe in Kunststoffverpackungen zu bewerten. Diese könnten mit entsprechenden Nachhaltigkeitsanforderungen an die biobasierten Rohstoffe verknüpft werden. Auf der Grundlage dieses Feedbacks könnte die Kommission einen Legislativvorschlag erarbeiten, der einen Rahmen schafft, um den Einsatz biobasierter Rohstoffe in Kunststoffverpackungen voranzutreiben.

Die Konsultation richtet sich insbesondere an Bürgerinnen und Bürger, Verbraucherorganisationen, Umwelt-NGOs, öffentliche Behörden, Verpackungshersteller und -verarbeiter, Rohstofflieferanten, Produzenten biobasierter Kunststoffe, Recyclingunternehmen, Unternehmen, die Lebensmittelverpackungen herstellen, Markeninhaber, Einzelhändler, Forschungseinrichtungen sowie weitere interessierte Kreise.

Pressemitteilung

Kommission schlägt spätere Anwendung einzelner Methanpflichten vor

Siehe unter Wirtschaft.

Horizon Europe stellt 230 Millionen Euro für Natur und Biodiversitätsforschung bereit

Siehe unter Wissenschaft.

7. Bildung, Jugend

Europäisches Parlament fordert mehr Mittel für zentrale Förderprogramme

Das Europäische Parlament hat am 22. Oktober 2026 seine Verhandlungsposition zu Erasmus+ für 2028 bis 2034 beschlossen. Es fordert ca. 47,4 Mrd. € gegenüber den von der Kommission vorgeschlagenen 40,8 Mrd. €. Die Abstimmung legt weder das endgültige Programmbudget noch die künftigen Förderbedingungen abschließend fest. Der Text wurde für Verhandlungen mit dem Rat an den Bildungsausschuss zurückverwiesen.

Mindestens 20% der Teilnehmenden an Mobilitätsmaßnahmen sollen nach dem Willen des Europäischen Parlaments Menschen mit geringeren Chancen sein. Zuschüsse sollen Unterschiede bei Lebenshaltungs- und Wohnkosten, Inflation und Kaufkraft stärker berücksichtigen. Für Jugend- und Freiwilligenaktivitäten sieht die Position einen eigenen Budgetanteil von 15% vor. Dazu gehören Jugendaustausch, Jugendbeteiligung sowie die Freiwilligen- und Solidaritätsaktivitäten des Europäischen Solidaritätskorps, das in das neue Programm integriert werden soll.

Für Schulen, Berufsbildungseinrichtungen, Hochschulen und Jugendträger in Mecklenburg-Vorpommern sind vor allem der finanzielle Umfang und der Abbau wirtschaftlicher und geografischer Teilnahmehürden relevant. Über beides wird mit dem Rat und im Rahmen des künftigen EU-Finanzrahmens weiterverhandelt.

Pressemitteilung

Erasmus+ fördert 59 internationale Berufsbildungsprojekte

Die Kommission hat am 19. Oktober 2026 die Auswahl von 59 neuen Erasmus+-Projekten zur internationalen Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung bekannt gegeben. Dafür stehen mehr als 28 Mio. € bereit. Die Partnerschaften umfassen Einrichtungen aus 68 Ländern. Gefördert werden unter anderem digitale Lernangebote und Qualifikationen für erneuerbare Energien und nachhaltige Landwirtschaft. Die Projekte verbinden europäische Berufsbildungseinrichtungen mit Partnern außerhalb der EU. Für interessierte Bildungsträger bietet die Auswahl Beispiele für mögliche künftige Kooperationen.

Pressemitteilung

KI im Unterricht: Erledigte Aufgaben vs. Lernerfolg

Generative KI kann individuelles Lernen unterstützen und Lehrkräfte entlasten. Werden ihre Antworten jedoch ungeprüft übernommen, kann sie den eigenständigen Kompetenzerwerb beeinträchtigen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Analysepapierder Kommission, das deren Bildungsexpertennetzwerk am 9. Oktober 2026 aufgegriffen hat. Ein wesentlicher Befund lautet, dass die erfolgreiche Bearbeitung einer Aufgabe mit KI nicht automatisch bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler die zugrunde liegenden Fähigkeiten erworben haben. Empfohlen werden deshalb unter anderem Leistungsüberprüfungen ohne KI-Unterstützung. Hinzu kommen klare Regeln für den Einsatz und die Qualifizierung der Lehrkräfte. Bei Anwendungen für Kinder müsse außerdem deren Entwicklungsstand berücksichtigt werden.

Pressemitteilung

EU-Auswertung zeigt wachsende Defizite bei schulischen Grundkompetenzen

Die Kommission hat am 5. Oktober 2026 eine erste EU-Auswertung der PISA-2025-Ergebnisse veröffentlicht. Danach erreichen EU-weit 33,9% der untersuchten 15-Jährigen das Mindestkompetenzniveau in Mathematik nicht. Im Lesen sind es 31,3%, in Naturwissenschaften 25,9%. Gegenüber 2015 haben sich die Ergebnisse in allen drei Bereichen verschlechtert.

Die Auswertung zeigt zudem deutliche soziale Unterschiede. Benachteiligte Jugendliche haben in Naturwissenschaften ein ca. viermal so hohes Risiko schwacher Leistungen wie Jugendliche aus begünstigten Verhältnissen. Vier von zehn Schülerinnen und Schülern besuchen Schulen mit gravierendem Lehrkräftemangel. Digitale Ablenkung und eine unkritische KI-Nutzung werden als weitere mit schwächeren Ergebnissen verbundene Faktoren diskutiert. Die PISA-Daten belegen dabei Zusammenhänge, keine eindeutigen Ursachen.

Für die Bildungs- und Fachkräftepolitik liefert die Analyse einen europäischen Vergleichsrahmen. Die genannten Quoten sind keine Landeswerte. Die Kommission will die Befunde in das für November angekündigte Bildungspaket einbeziehen. Neue verbindliche Vorgaben für die Schulen entstehen durch die Veröffentlichung nicht.

Pressemitteilung

8. Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

Kommission sichert zentrale Datenbestände der Lebenswissenschaften

Die Kommission hat am 6. Oktober 2026 angekündigt, 65 Mio. € aus Horizon Europe zur Sicherung zentraler Daten- und Wissensbestände der Lebenswissenschaften einzusetzen. Die Mittel sind im geänderten Arbeitsprogramm vorgesehen. Unterstützt werden sollen insbesondere Datenbanken über Gene und Proteine und der Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Geplant sind 19 Mio. € für GENCODE, 30 Mio. € für UniProt und 8 Mio. € für Europe PMC. Weitere 8 Mio. € sollen über einen offenen Wettbewerb anderen wichtigen Datenbeständen und wissenschaftlichen Diensten zugutekommen. Hintergrund ist die häufig kurzfristige und auf mehrere Geldgeber verteilte Finanzierung solcher Ressourcen. Ihre laufende Pflege und wissenschaftliche Qualitätssicherung sind allerdings Voraussetzungen für verlässliche Forschung, Arzneimittelentwicklung und KI-Anwendungen in der Biotechnologie. Sie betrifft wissenschaftliche Infrastruktur, deren Bedeutung weit über die jeweils beteiligten Betreiber hinausgeht.

Pressemitteilung

Europäische Forschungsdatencloud nimmt weitere Knoten in Betrieb

Die Kommission hat am 16. Oktober 2026 den Betriebsbeginn von 13 zusätzlichen Knoten der European Open Science Cloud (EOSC) bekannt gegeben. Die europäische Forschungsdatencloud verbindet Datenbestände, Werkzeuge und digitale Dienste verschiedener Einrichtungen. Forschende sollen dadurch Informationen leichter finden, nutzen und über Länder- und Fächergrenzen hinweg zusammenarbeiten können. Die neuen Knoten bilden die erste Erweiterung des Verbunds über den bereits bestehenden EU-Knoten hinaus. Insgesamt gehören 27 nationale, fachliche und digitale Infrastrukturknoten zum entstehenden Netzwerk. Weitere sollen schrittweise den Betrieb aufnehmen. Im Mittelpunkt stehen gemeinsame technische Zugänge und die Verknüpfung bisher verteilter Ressourcen. Berührungspunkte bestehen auch zu europäischen Datenräumen und Hochleistungsrechenangeboten.

Pressemitteilung

RAISE soll zusätzliche Ressourcen für KI in der Wissenschaft mobilisieren

Die Kommission hat am 15. Oktober 2026 beim europäischen Gipfel zu KI in der Wissenschaft in Dublin eine neue Initiative im Rahmen von RAISE gestartet. Unternehmen und philanthropische Organisationen sollen Ressourcen bereitstellen, die öffentliche Forschungsförderung ergänzen. RAISE steht für „Resource for AI Science in Europe“ und bündelt Aktivitäten zur KI-Nutzung in der Forschung.

Mögliche Beiträge reichen von Rechenkapazität und KI-Modellen über Forschungsdaten bis zu Weiterbildung, Stipendien und finanzieller Unterstützung. Die beteiligten Organisationen sollen ihre allgemeinen Verpflichtungen durch konkrete Einzelzusagen unterlegen. Die Initiative ist damit erst einmal ein Rahmen für zusätzliche Beiträge und Kooperationen. Sie ist kein eigenständiger EU-Förderaufruf. Der tatsächliche Nutzen dürfte von Umfang und Bedingungen der einzelnen Angebote abhängen.

Pressemitteilung (KOM)
Pressemitteilung (EURAXESS)

Horizon Europe stellt 230 Millionen Euro für Natur und Biodiversitätsforschung bereit

Die Kommission hat am 2. Oktober 2026 einen neuen Aufruf zur Natur- und Biodiversitätsforschung im Rahmen von Horizon Europe bekannt gegeben. Vorgesehen sind insgesamt 230 Mio. € für zehn Themen. Sie reichen von den Auswirkungen langlebiger PFAS-Chemikalien auf Ökosysteme über die Wiederherstellung natürlicher Lebensräume bis zur besseren Beobachtung der Ozeane. Weitere Themen betreffen invasive Arten, den Rückgang wirbelloser Tiere und die Wechselwirkungen zwischen biologischer Vielfalt und Gesundheit. Auch die Auswirkungen sauberer und digitaler Industrien auf die Biodiversität sollen untersucht werden. Mehrere Förderthemen setzen auf Reallabore, in denen Forschung und Praxis gemeinsam Lösungen entwickeln und erproben. Der Aufruf eignet sich vor allem als Hinweis für die Projektentwicklung und für die Abstimmung mit den zuständigen Forschungsförderberatungen.

Pressemitteilung

Horizon Europe fördert die Weiterentwicklung und Verwertung von Forschungsergebnissen

Seit dem 20. Oktober 2026 sind zwei neue Horizon-Europe-Aufrufe zur Weiterentwicklung und wirtschaftlichen Nutzung von Forschungsergebnissen geöffnet. Für die von der Europäischen Exekutivagentur für die Forschung betreuten Ausschreibungen stehen zusammen indikativ 52,5 Mio. € bereit. Der erste Aufruf umfasst 32,5 Mio. €. Gefördert werden soll die Weiterentwicklung hinreichend ausgereifter Ergebnisse aus abgeschlossenen Verbundprojekten der sechs Themencluster in Säule II von Horizon Europe. Die Antragsfrist endet am 28. Januar 2027. Der zweite Aufruf stellt 20 Mio. € für Innovationsnetzwerke bereit, die Projektverantwortliche bei der Verwertung ihrer Ergebnisse unterstützen und mit geeigneten Partnern verbinden. Er betrifft Landwirtschaft und Ernährung, Energie und Verkehr, Gesundheit, Bioökonomie, Rohstoffe und fortgeschrittene Materialien. Anträge sind bis 16. Februar 2027 möglich.

Für Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Transferstellen bieten die Aufrufe konkrete Möglichkeiten für Anschlussaktivitäten. Entscheidend sind passende Vorprojekte bzw. Verwertungskonzepte und die jeweiligen Beteiligungsvoraussetzungen. Die Auswahl erfolgt wettbewerblich. Maßgeblich sind die Ausschreibungsunterlagen im EU-Förderportal.

Ausschreibungsübersicht (REA)

Kommission präzisiert Empfehlungen zum KI-Einsatz in der Forschung

Die Kommission hat am 16. Oktober 2026 ihre Empfehlungen zum verantwortungsvollen Einsatz generativer KI in der Forschung aktualisiert. Die unverbindlichen Leitlinien richten sich an die Wissenschaft und konkretisieren Grundsätze wie Transparenz und Verantwortlichkeit für den Forschungsalltag.

Neu sind Hinweise zu KI-Systemen, die zunehmend selbstständig Aufgaben planen und ausführen. Damit rücken menschliche Aufsicht, Zuverlässigkeit und die Verantwortung für Ergebnisse stärker in den Vordergrund. Außerdem wurden die Empfehlungen zum KI-Einsatz bei der wissenschaftlichen Begutachtung und der Bewertung von Förderanträgen präzisiert.

Für Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern kann die Überarbeitung Anlass sein, interne Regeln und Schulungsangebote zu überprüfen. Sie betrifft die Organisation wissenschaftlicher Arbeit und ergänzt damit die Debatte über zusätzliche KI-Rechenkapazitäten. Neue gesetzliche Pflichten entstehen durch die Leitlinien nicht.

Pressemitteilung

EU-Forschungsbericht beschreibt Schwächen beim Transfer in die Wirtschaft

Die Kommission hat am 1. Oktober 2026 ihren Bericht zur Leistungsfähigkeit von Wissenschaft, Forschung und Innovation in der EU veröffentlicht. Er beschreibt eine anhaltende Lücke zwischen wissenschaftlicher Stärke und der Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Technologien und Produktivitätsgewinne.

Als Hemmnisse nennt der Bericht unzureichende Investitionen, fragmentierte Strukturen und begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten für wachsende Innovationsunternehmen. Zugleich hebt er die Bedeutung regionaler Fähigkeiten und einer besseren Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Unternehmen hervor. Forschungspolitik müsse stärker berücksichtigen, wo Wissen entsteht und unter welchen Bedingungen es wirtschaftlich genutzt werden kann.

Für Mecklenburg-Vorpommern liefert die Analyse damit Anknüpfungspunkte für Technologietransfer, Ausgründungen und die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft. Der Bericht begründet keine neue Förderung, bietet aber eine Datengrundlage für die Diskussion über künftige Forschungs- und Innovationsprogramme. Eine deutsche Zusammenfassung ist verfügbar.

Bericht der Kommission

Pressemitteilung

9. Soziales, Gesundheit und Sport

Arbeitsprogramm von EU4Health mit ca. 680 Mio. € beschlossen

Die Kommission hat am 19. Oktober 2026 das Arbeitsprogramm des Gesundheitsprogramms EU4Health für 2026 angenommen. Der Finanzierungsbeschluss sieht rund 680,7 Mio. € vor. Das Programm legt fest, welche Maßnahmen finanziert werden sollen und über welche Verfahren die Mittel vergeben werden. Der Beschluss folgte auf das positive Votum der Mitgliedstaaten vom 14. Oktober. Den größten Schwerpunkt bildet die Krisenvorsorge mit ca. 429,7 Mio. €. Weitere Mittel sind für Gesundheitssysteme und Fachkräfte, Prävention, nichtübertragbare Krankheiten und digitale Gesundheit vorgesehen. Dazu gehören Maßnahmen zur Versorgung mit kritischen Arzneimitteln, zur Biotechnologie und zur Umsetzung des Europäischen Gesundheitsdatenraums.

Für Mecklenburg-Vorpommern können sich Anknüpfungspunkte für Universitätsmedizin, Gesundheitswirtschaft und Einrichtungen der öffentlichen Gesundheit ergeben. Allerdings steht der Gesamtbetrag nicht als allgemein zugänglicher Fördertopf bereit. Das Arbeitsprogramm unterscheidet zwischen Projektzuschüssen, gemeinsamen Maßnahmen mit staatlichen Stellen, direkten Finanzhilfen und öffentlichen Aufträgen. Für mögliche Antragsteller sind deshalb die einzelnen Aufrufe maßgeblich.

Arbeitsprogramm (KOM)

Gesundheitsdatenraum eröffnet neue Beteiligungsmöglichkeiten

Die Kommission hat am 13. Oktober 2026 Organisationen und öffentliche Einrichtungen zur Bewerbung für ein Beteiligungsforum zum Europäischen Gesundheitsdatenraum eingeladen. Das Forum soll Erfahrungen und fachliche Einschätzungen zur Umsetzung des europäischen Rechtsrahmens zusammenführen. Die Einladung richtet sich an Organisationen und öffentliche Stellen außerhalb der mitgliedstaatlichen Behörden.

Außerdem wird eine offene Austauschgemeinschaft auf der EU Health Policy Platform aufgebaut. Dort können sich Organisationen und Einzelpersonen mit Bezug zu Gesundheitsdaten über Aktivitäten und Materialien informieren und an Diskussionen zur Umsetzung beteiligen. Für Universitätsmedizin, Forschung, Patientenvertretungen und digitale Gesundheitsanbieter kann der frühzeitige Austausch praktisch hilfreich sein. Bei der Umsetzung des Gesundheitsdatenraums müssen technische Zugänge, Datenschutz und die Anforderungen wissenschaftlicher Datennutzung zusammenpassen. Die Pressemitteilung betrifft die Beteiligung an diesem Umsetzungsprozess.

Pressemitteilung

Rat empfiehlt frühere Hilfen gegen Wohnungslosigkeit

Der Rat hat am 19. Oktober 2026 eine Empfehlung gegen Wohnungslosigkeit, unzureichende und unsichere Wohnverhältnisse angenommen. Die Mitgliedstaaten sollen vorbeugende Hilfen, Unterstützung in akuten Notlagen und den Zugang zu dauerhaft gesichertem Wohnraum stärker miteinander verbinden. Empfohlen werden die frühzeitige Erkennung gefährdeter Haushalte, Schuldnerberatung, Hilfen bei Mietschulden und Vermittlung zur Vermeidung von Wohnungsverlust. Menschen ohne gesicherte Wohnung sollen über zentrale Anlaufstellen leichter Zugang zu Sozialleistungen und Gesundheitsdiensten erhalten. Hinzu kommen Maßnahmen zur besseren Nutzung des vorhandenen Wohnungsbestands und zur Ausweitung bezahlbaren Wohnraums. Nationale und regionale Strategien sollen überprüfbare Ziele enthalten.

Die Empfehlung ist rechtlich nicht verbindlich, gibt aber einen gemeinsamen politischen Rahmen für nationale und regionale Maßnahmen vor. Der Ansatz richtet den Blick darauf, Wohnungsverlust möglichst zu verhindern und Betroffene dauerhaft zu stabilisieren, statt Hilfen auf kurzfristige Unterbringung zu beschränken.

Pressemitteilung

Rat verbindet Gleichstellung mit Fachkräftesicherung und Wachstum

Der Rat hat am 19. Oktober 2026 Schlussfolgerungen zur Bedeutung von Gleichstellung für Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit angenommen. Im Mittelpunkt steht der Abbau von Hindernissen, die Menschen am Zugang zum Arbeitsmarkt oder an einer ihrer Qualifikation entsprechenden Beschäftigung hindern. Behandelt werden unter anderem Geschlechtergleichstellung, Behinderung, Rassismus und Benachteiligung aufgrund des Alters.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission sollen bestehende Gleichbehandlungsregeln wirksam durchsetzen und Gleichstellung stärker in Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Digitalpolitik berücksichtigen. Angeregt werden auch eine gezieltere Unterstützung unterrepräsentierter Gruppen und die Beobachtung möglicher diskriminierender Auswirkungen von KI auf Entlohnung und Arbeitsbedingungen.

Politisch betonen die Schlussfolgerungen den Zusammenhang zwischen gleichberechtigter Teilhabe und der Nutzung vorhandener Fachkräftepotenziale. Eine höhere Erwerbsbeteiligung kann dazu beitragen, Personalengpässe zu verringern. Voraussetzung sind geeignete Rahmenbedingungen und der Abbau konkreter Zugangsbarrieren.

Pressemitteilung

Gemeinsame Beratung zu klinischen Studien wird dauerhaft fortgeführt

Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA hat am 8. Oktober 2026 mitgeteilt, dass die gemeinsame Beratung zur Vorbereitung klinischer Studienanträge ab Januar 2027 dauerhaft fortgeführt wird. Das bisherige Pilotverfahren gehört zur Initiative ACT EU zur Verbesserung klinischer Studien in Europa. Verantwortliche für klinische Studien können vor der Antragstellung technische und regulatorische Fragen klären. Die Koordinierungsgruppe für klinische Prüfungen der nationalen Arzneimittelbehörden führt dabei die Rückmeldungen der beteiligten Mitgliedstaaten zusammen. Dies soll die Qualität der über das europäische Studienportal CTIS eingereichten Anträge verbessern. Aktualisierte Leitfäden und Vorlagen sind für Januar 2027 angekündigt.

Pressemitteilung (EMA)

Gesundheitssicherheitsausschuss empfiehlt stärkere Vorsorge gegen mückenübertragene Krankheiten

Der EU-Gesundheitssicherheitsausschuss hat am 27. Oktober 2026 eine Stellungnahme zu mückenübertragenen Krankheiten beschlossen. Die am 28. Oktober veröffentlichte Empfehlung reagiert auf die Ausbreitung unter anderem von Dengue-, Chikungunya- und West-Nil-Viren in Europa. Klimaveränderungen, Reise- und Warenverkehr beeinflussen die Risiken. Empfohlen werden eine engere Zusammenarbeit von Gesundheits-, Veterinär- und Umweltbehörden, eine bessere Überwachung von Erregern und Mücken sowie ausreichende Labor- und Behandlungskapazitäten. Weitere Schwerpunkte sind Frühwarnung, verständliche Risikokommunikation und der Schutz von Blut- und Organspenden. Auch Einreisepunkte wie Häfen sollen in die Überwachung einbezogen werden.

Stellungnahme des EU-Gesundheitssicherheitsausschusses (PDF)

Pressemitteilung

EEA: Gezieltere Maßnahmen zum Schutz vor Lärmbelastung erforderlich

Siehe unter Umwelt.

10. Medien

Förderung von Journalismus, Medienpluralismus und -kompetenz

Die Europäische Kommission hat am 21. Oktober 2026 drei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms Kreatives Europa veröffentlicht. Insgesamt stehen rund 20 Millionen € bereit, um professionellen Journalismus und Medienpluralismus zu unterstützen, die Widerstandsfähigkeit der Medien zu stärken und die Medienkompetenz zu fördern. Für alle drei Aufforderungen können ab dem 22. Oktober 2026 Bewerbungen eingereicht werden.

Mit der ersten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen werden Journalismuspartnerschaften, die Förderung von Medienkooperationen und die Arbeit lokaler und öffentlich-rechtlicher Medien mit einem Gesamtbetrag von 14 Millionen € finanziert. Die Förderung soll zu den Themen „Pluralismus“ und „Zusammenarbeit“ erfolgen.

Im Rahmen der zweiten Aufforderung werden 3,5 Millionen € für grenzüberschreitende Medienkompetenzprojekte bereitgestellt, um die Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, ihnen eine sichere und vertrauensvolle Navigation im Informationsraum zu ermöglichen und zur gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation und Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beizutragen.

Die dritte Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Wert von 3 Millionen € soll einen unabhängigen europaweiten Krisenreaktionsmechanismus zur Überwachung von Verstößen gegen die Presse- und Medienfreiheit in der EU sowie in den Bewerberländern fördern. Die Überwachung soll dazu beitragen, bessere Daten und Erkenntnisse über Bedrohungen des Medienpluralismus und der Sicherheit von Journalisten zu gewinnen. Sie soll in die jährliche Berichterstattung über die Rechtsstaatlichkeit einfließen.

Pressemitteilung

Aufforderung für Rückmeldungen zum EU KIDS Act

Die Kommission bittet um Rückmeldungen zum EU KIDS Act. Der Vorschlag vom 17. September 2026 soll die Online-Sicherheit von Kindern in der EU zu verbessern. Er soll den Zugang auf Social-Media-Plattformen für Kinder unter 13 Jahren untersagen und will ein EU-weites Mindestalter von 15 Jahren für die Eröffnung eines eigenen Kontos durch Minderjährige festlegen. Zudem soll die Beweislast umgekehrt werden, dass Dienste altersgerecht und von Grund auf sicher gestaltet sind („Safe by Design“). Der Rechtsakt würde soziale Online-Netzwerke, Videoplattformen, Videospielplattformen und Software-App-Stores sowie Online-Videospiele, KI-Begleiter und allgemeine dialogorientierte Chatbots betreffen. Der Vorschlag muss im weiteren Gesetzgebungsverfahren vom Rat und Europäischen Parlament angenommen werden.

Ziel ist es, Beiträge von Kindern, Eltern, Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und Pädagogen sowie von den unter den Vorschlag fallenden Online-Plattformen zu sammeln.

Die Frist für Stellungnahmen endet am 26. November 2026. Alle eingegangenen Stellungnahmen werden von der Kommission zusammengefasst und dem Europäischen Parlament sowie dem Rat vorgelegt, um sie in die legislative Debatte einfließen zu lassen.

Rückmeldungsportal

Rat: Schlussfolgerungen zu inklusiver demokratischer Teilhabe

Der Rat billigte am 13. Oktober 2026 Schlussfolgerungen zu inklusiver demokratischer Teilhabe und zu Resilienz von Gesellschaften und Gemeinschaften. Die Schlussfolgerungen des Rates sind eine Folgemaßnahme zur Mitteilung der Kommission über einen Europäischen Demokratieschild vom November 2025. Der Text konzentriert sich auf Förderung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit und des Engagements der Bürger.

Schlussfolgerungen

11. Meerespolitik, Ostsee, grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Vision 2040 für Fischerei und Aquakultur

Die Kommission hat am 20. Oktober 2026 ihre Vision für die nächsten 15 Jahre der Fischerei und Aquakultur vorgestellt. Mit ihrer Strategie verfolgt sie die Sicherung von den mehr als 200.000 Arbeitsplätzen in diesem Sektor, die Vorhersehbarkeit für Investition und Wachstum zu verbessern sowie aquatische Ressourcen und Ökosysteme zu schützen. Bei der Entwicklung der Vision wurden Akteure aus der gesamten Wertschöpfungskette beteiligt und die Bewertung der Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik berücksichtigt. In der Vision werden folgende Prioritäten gesetzt:

1. **Gesunde Ökosysteme** – Die Kommission plant, das Potenzial technologischer Innovation und einer vollständig dokumentierten Fischerei für den Erhalt gesunder aquatischer Ressourcen und Ökosysteme zu überprüfen. Das soll vor allem unerwünschten Fängen entgegenwirken.
2. **Unterstützung der Energiewende** – Um eine wirksame Erntekapazität zu erzielen und zugleich soziale und ökologische Aspekte zu berücksichtigen, beabsichtigt die Kommission bis 2030 die Energie- und Ressourceneffizienz zu verbessern, neue Technologien und Kompetenzen zu entwickeln und verfügbare saubere Kraftstoffe zu nutzen. Ab 2030 sollen vor allem emissionsärmere Technologien entwickelt und die Flotten modernisiert werden. Die Kommission wird auch ihre Leitlinien von 2014 zur Bewertung des Gleichgewichts zwischen Fangkapazität und Fangmöglichkeiten aktualisieren.
3. **Sicherung einer stabilen Versorgung mit aquatischen Lebensmitteln** – Im Bereich der Fischerei sollen Investitionen in effizientere Schiffe, Innovation und Einkommensdiversifizierung unterstützt werden. Im Bereich der Aquakultur möchte die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten ein Rechtsinstrument für mehr Unternehmenssicherheit und Investitionsförderung ausarbeiten.
4. **Ankurbeln der Nachfrage** – Die Kommission plant eine Rückverfolgbarkeit aller Produkte in der gesamten Lieferkette zu fördern, um Transparenz und Nachfrage zu steigern sowie Verbrauchsmuster zu ermitteln.
5. **Globales Handeln zum Schutz von Nachhaltigkeit und Fairness** – Für das auswärtige Handeln im Fischereibereich wird außerdem eine EU-Strategie vorgelegt, mit der unter anderem die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei bekämpft werden soll. Auf globaler Ebene möchte die Kommission internationale Fischereivorschriften und die Entwicklung einer neuen Generation partnerschaftlicher Abkommen über nachhaltige Fischerei stärken. Dabei verpflichtet sich die Kommission auch, gleiche Wettbewerbsbedingungen zu wahren und die europäische Wertschöpfungskette der Fischerei vor globalem Wettbewerb zu schützen.

Die Kommission wird zur Umsetzung mehrere gezielte Initiativen auf den Weg bringen, darunter:

- ***Ein besserer Zugang zu Finanzmitteln***, unter anderem durch die vorgeschlagene Mindestzuweisung von 2 Mrd. EUR für zentrale Aufgaben der Gemeinsamen Fischereipolitik im langfristigen EU-Haushalt für 2028-2034;
- ***Unterstützung von Kleinfischern***, unter anderem durch ein künftiges Meeresgesetz;
- Eine ***Stärkung von Forschung und Innovation***, unter anderem durch Ausweitung der Echtzeitüberwachung, insbesondere durch künstliche Intelligenz;
- ***Einführung EU-weit harmonisierter Ausbildungs- und Zertifizierungsstandards***; und
- Die ***Vorbereitung einer Strategie für den Generationswechsel*** im nächsten Jahr, um jüngere Generationen für den Sektor zu gewinnen.

Die Mitgliedstaaten sind dazu aufgefordert weitere Maßnahmen zur Umsetzung dieser Vision zu entwickeln, die auf ihre lokalen und regionalen Gegebenheiten angepasst sind.

Pressemitteilung

Rat legt Fangmöglichkeiten für die Ostsee für 2027 fest

Siehe unter Landwirtschaft.

12. Laufende Konsultationen und Sondierungen

Beschäftigung und Soziales	
16. Oktober – 13. November 2026	Stärkung und Modernisierung der Europäischen Stiftung für Berufsbildung – Vorschlag für eine Verordnung
Binnenmarkt	
19. Oktober – 16. November 2026	Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) – Überarbeitung von EU-Vorschriften
28. Mai – 4. Dezember 2026	Binnenmarkt – Beendigung ungerechtfertigter regionaler Angebotsbeschränkungen
Energie	
26. Oktober – 23. November 2026	Saubere Energie – neue EU-Wasserstoffstrategie
21. September – 14. Dezember 2026	Rechenzentren in der EU – Mindestleistungsstandards
Handel	
8. September – 1. Dezember 2026	Überprüfung des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen
Justiz und Grundrechte	
1. September – 24. November 2026	Vorschriften über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen – Brüssel-Ia-Verordnung (Überprüfung)
13. August -5. November 2026	EU-Strategie für die Rechte von Opfern
Justiz und Grundrechte, Institutionelle Angelegenheiten	
8. September – 6. Oktober 2026	Überarbeitung der Verfahren für Schengen-Visa für den kurzfristigen Aufenthalt (Neufassung)
Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Regionalpolitik	
1. Oktober – 26. November 2026	Meeresstrategie für den Atlantik und makroregionale Strategie
Steuern	
9. September – 4. November 2026	MwSt und Kreislaufwirtschaft
Umwelt	
21. Oktober 2026 – 13. Januar 2027	Kunststoffverpackungen, die biobasierte Rohstoffe enthalten – EU-Vorschriften

Verkehr	
27. Oktober – 24. November 2026	Straßenverkehr – intelligente Durchsetzung und einfachere Vorschriften – Omnibus-Richtlinie
27. Oktober – 24. November 2026	Speicherfristen für Fahrtenschreiberdaten und Download-Intervalle – Angleichung
27. Oktober – 24. November 2026	Fahrtenschreibersoftware – Over-the-Air-Update für eine intelligente Durchsetzung und zur Vereinfachung
27. Oktober – 24. November 2026	Road transport - smart enforcement and simpler rules - omnibus (Regulation)
27. Oktober – 24. November 2026	Elektronische Frachtbeförderungsinformationen (eFTI) – Aufnahme neuer Identifikatoren in das eFTI-Identifikatorenregister
27. Oktober – 24. November 2026	Intelligente Durchsetzung und Vereinfachung im Straßenverkehr
27. Oktober – 24. November 2026	Öffentlicher Verkehr auf Schiene und Straße – Vereinfachung der Berichtspflichten
27. August – 19. November 2026	Fluglärm an EU-Flughäfen – Bewertung der Verordnung über einen ausgewogenen Ansatz

13. Termine

Rat der Europäischen Union und Europäischer Rat	
4. November 2026	AStV (2. Teil)
6. November 2026	AStV (1. Teil)
9. November 2026	Rat (Wirtschaft und Finanzen)
10. November 2026	Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (Haushalt)
11. November 2026	AStV (2. Teil)
11. November 2026	AStV (1. Teil)
12. November 2026	Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft
13. November 2026	AStV (1. Teil)
13. November 2026	Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs
16. November 2026	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
17. November 2026	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Verteidigung)
18. November 2026	AStV (2. Teil)
18. November 2026	AStV (1. Teil)
19./20. November 2026	Informal meeting of consumer protection ministers (Verbraucherschutz)
19./20. November 2026	Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (Bildung und Jugend)
19. November 2026	Rat (Allgemeine Angelegenheiten)
20. November 2026	Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (Kultur und Sport)
20. November 2026	Gipfeltreffen EU-Vereinigtes Königreich
22./23. November 2026	Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Gleichstellung
23. November 2026	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ (Kohäsion)
23. November 2026	Rat (Landwirtschaft und Fischerei)
25. November 2026	Informal meeting of housing ministers
25. November 2026	Gipfeltreffen EU-Westbalkan
25. November 2026	AStV (2. Teil)

25. November 2026	AStV (1. Teil)
26./27. November 2026	Außerordentliche Tagung des Europäischen Rates, 26./27. November 2026

Europäische Kommission	
3./4. November 2026	9. Europäisches Katastrophenschutzforum
3. November 2026	Der sozio-ökonomische Wert der Arbeitsplatzqualität: Vorstellung des Europäischen Ausblicks für Beschäftigung und Soziales 2026
4./5. November 2026	20. Strategieplan für Energietechnologie Irland
4. November 2026	25 Jahre Alles außer Waffen Internationale Partnerschaften durch Handel Live-Streaming verfügbar
4. November 2026	Öffentliche Aussprachen Umsetzungsdialog über die Anwendung der Verordnung über politische Werbung mit Kommissionsmitglied Michael McGrath
9./10. November 2026	EU-Drohnengipfel 2026
10. November 2026	Öffentliche Aussprachen Umsetzungsdialog zur Forschungssicherheit
10./11. November 2026	Europäische Forschungs- und Innovationstage 2026 Live-Streaming verfügbar
11. November 2026	EMN Italien nationale Konferenz: Bürger- und Sprachtraining für Drittstaatsangehörige in Italien - Bewährte Verfahren, politische Rahmenbedingungen und Zukunftsperspektiven Italien
11./12. November 2026	Plattformseminar „Frauen in der Landwirtschaft“
11./13. November 2026	Forum „Übersetzen in Europa“ 2026
17. November 2026	Jahrestagung 2026 der Europäischen Partnerschaft für alternative Ansätze zu Tierversuchen (EPAA) Live-Streaming verfügbar
19. November 2026	Investitionskonferenz EU-Jordanien 2026 Jordanien
19. November 2026	Infotage zu Horizont Europa – Cluster 5 Live-Streaming verfügbar
19./20. November 2026	EMN-Konferenz des irischen Ratsvorsitzes: Zukunftssichere Gestaltung der europäischen Arbeitsmigrationspolitik Irland
19. November 2026	Hochrangige Konferenz über Finanzkompetenz: über Zahlen hinaus
19. November 2026	Europäische Biotechnologie-Cluster: Verbinden. zusammenarbeiten. Skala
20. November 2026	Ausfuhrkontrollforum 2026 Live-Streaming verfüg2bar
23./24. November 2026	HERA-Industrietage
25./26. November 2026	ENDR-Konferenz „From Lab to Field: Deep Tech Dual-Use Innovation for Defence“, Eindhoven (Niederlande)
26. November 2026	Infotage zu Horizont Europa – Cluster 1 Live-Streaming verfügbar

26./27. November 2026	Konferenz „Dolmetschen in Europa“ 2026 Live-Streaming verfügbar

Europäisches Parlament	
10./12. November 2026	Plenartagung des Europäischen Parlaments
23./26. November 2026	Plenartagung des Europäischen Parlaments
November 2026	Ausschusssitzungen

Ostseekooperation
Veranstaltungsübersicht: https://www.europa-mv.de/ostseekooperation/

14. Ansprechpartner(innen)

AnsprechpartnerInnen	*Themenbereiche*
Dr. Merten Barnert Direktor Telefon: +32-2 741-6000 E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu	*Institutionelle Fragen, Grundsatzangelegenheiten, Wirtschaft, Energie, Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen der EU, Ostseekooperation, KPKR, auswärtige Beziehungen, NATO*
Henning Machedanz Referent Telefon: +32-2 741-6004 E-Mail: henning.machedanz@mv-office.eu	*Justiz, Inneres, Bauen, Digitales, Medien, Integration, Ausschuss der Regionen, Gleichstellung*
Stephan Redlich Referent Telefon: +32-2 741-6771 E-Mail: stephan.redlich@mv-office.eu	*Digitalisierung der Wirtschaft, Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Arbeit, Existenzgründung, Technologieförderung, Außenwirtschaft, Forschung, Gesundheit, Soziales*
Manuel Eymers Referent Telefon: +32-2 741-6005 E-Mail: manuel.eymers@mv-office.eu	*Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume, Umwelt, Jugend, Sport*
N.N.	*Wirtschaft, Energie, Infrastruktur, Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Finanzen, Ostseekooperation*
Vera Züge Referentin Telefon:+32-2-741-6774 E-Mail: vera.zuege@mv-office.eu	*Forschung, Innovation, Kultur, Bildung, Jugend, Sport*
Petra Götz Verwaltung Telefon: +32-2 741-6003 E-Mail: petra.goetz@mv-office.eu	*Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Haushalt und Beschaffung, Veranstaltungsplanung*
Alexander Mannewitz Öffentlichkeitsarbeit Telefon: +32-2 741-6001 E-Mail: alexander.mannewitz@mv-office.eu	*Digitale Kommunikation und Medien, Social Media, IT-Verwaltung, Veranstaltungs-Management*